1/2025

Deutsches Institut
für Urbanistik

Berichte

Das Magazin des Difu

4 Standpunkt
Die Stadt als Rohstofflager – Warum Städte zirkulär handeln sollten

6 Sonderthema
OB-Barometer: Finanzen sind das alles beherrschende Thema der Städte

12 Forschung & Publikationen
Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe

22 Neue Projekte
Raumordnung und Kooperation

29 Veranstaltungen
Wärmeplanung und digitalisierte Datenverarbeitung

Editorial

Standpunkt

4 Die Stadt als Rohstofflager – Warum Städte zirkulär handeln sollten

Sonderthema

6 OB-Barometer: Finanzen sind das alles beherrschende Thema der Städte

Forschung & Publikationen

8 Dann wird's laut. Verkehrsberuhigung und Einzelhandel
9 Deutschlands Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung
10 Klimaschutz in Kommunen effizienter finanzieren
11 Klimaschutz-Monitoring: Erfahrungen aus der kommunalen Praxis
12 Wiederaufbau nach Flutkatastrophen: Ein Praxisleitfaden für Kommunen
14 Orte der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus
15 Digitale Plattformen verändern Städte und Regionen

Neue Projekte

21 Diskurs am Dienstag
21 Verkehrswende beschleunigen
22 Kooperationen für die Energiewende
22 Raumordnung & Kooperation

Veranstaltungen

23 Veranstaltungsvorschau
24 Leitlinien und strukturierte Beteiligung in Kommunen
25 Erfahrungen aus drei Jahren Kinder- und Jugendstärkungsgesetz
26 Auf dem Weg zur kommunalen Treibhausgasneutralität
27 Die Nationale Wasserstrategie – neue Erwartungen an Kommunen?
28 Dachflächen nutzbar machen – Konzepte für eine nachhaltige Stadt
29 Kommunale Wärmeplanung und digitalisierte Datenverarbeitung

Nachrichten & Service

16 Was ist eigentlich eine Kreislaufstadt?
17 Veröffentlichungsüberblick
19 Difu-Service für Zuwender
20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
31 Heilbronn – Auf dem Weg zur nachhaltigen Wissensstadt
32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
33 Difu aktiv
34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
35 Difu-Presseresonanz

Editorial

Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Deutsche Bundestag hat ein Sondervermögen in Höhe von 500 Mrd. Euro zur Ertüchtigung der Infrastruktur in den kommenden zwölf Jahren beschlossen. Davon sollen 100 Mrd. Euro für öffentliche Investitionen der Länder und Kommunen genutzt werden. Aus Sicht der Kommunen eine grundsätzlich richtige Entscheidung, die aber keinen Anlass zu Euphorie bietet.

Erstens besteht allein in den Kommunen nach der jüngsten Difu-Erhebung ein Investitionsrückstand von 186 Mrd. Euro. Zweitens gibt es enorme zusätzliche Investitionsbedarfe – Stichwort kommunale Wärmewende – bei zugleich explodierenden kommunalen Sozialausgaben. Drittens muss sich erst noch zeigen, dass die Länder den Kommunen, die rund doppelt so viel investieren wie die Länder, einen angemessenen Anteil „ihrer" Infrastrukturmilliarden tatsächlich zur Verfügung stellen. Und viertens können mehr öffentliche Investitionen nur dann realisiert werden, wenn das Problem der vielfältigen sogenannten nicht-monetären Investitionshemmnisse – das Difu hat in seinem letzten KfW-Kommunalpanel hierzu eine empirische Analyse vorgelegt – endlich angegangen und gelöst wird.

Im jährlich vom Difu erstellten OB-Barometer (siehe S. 6), in dem wir nach den aktuell und zukünftig wichtigsten kommunalen Herausforderungen fragen, erzielt die kommunale Finanzsituation bisher nie erreichte Spitzenwerte. Und schaut man auf die vor kurzem veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts zur kommunalen Verschuldung 2024, versteht man die Sorgen der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister. Nie waren die Defizite in der Vergangenheit so hoch wie 2024.

Bleiben sie dennoch zuversichtlich – das Sondervermögen zeigt zumindest, dass die Bundespolitik bereit ist, ihre Programmatik an die Realität anzupassen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Die Stadt als Rohstofflager – Warum Städte zirkulär handeln sollten

Die Kreislaufstadt ist keine Utopie, sondern städtische Zukunft. Kommunen können und sollten jetzt die Weichen stellen – für mehr Resilienz, Lebensqualität und Unabhängigkeit. Zirkuläre Prinzipien schaffen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Mehrwert.

Was wäre, wenn in einer Stadt Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft zirkulär miteinander vernetzt wären? Produkte werden repariert, recycelt oder als Dienstleistung angeboten. Lokale Fertigung stellt Ersatzteile und Produkte genau dann her, wenn sie benötigt werden, während urbane Landwirtschaft und erneuerbare Energien die Stadt und Region zu großen Teilen versorgen. Gebäude sind modular, nachhaltig und rückbaufähig. Die Stadt gilt als Rohstofflager der Region, Materialien werden zurückgewonnen und in neuen Produkten verarbeitet. Wasser- und Abfallwirtschaft folgen regenerativen Prinzipien. Smarte Plattformen ermöglichen das Teilen von Gütern. Gemeinschaft, Ressourcenteilung und soziale Interaktion entstehen, indem Menschen in begrünten Stadtvierteln mit lokalen Reparatur-, Secondhand- und Sharing-Angeboten sowie flexiblen Wohn- und Arbeitsräumen leben. Diverse Bildungsmöglichkeiten, soziale und technologische Innovation treiben diesen Wandel voran.

Zahlreiche Studien – u.a. des WWF Deutschland, der Bertelsmann Stiftung und des Wuppertal Instituts sowie Initiativen aus Städten und Regionen in Europa (CCD, CCRI) – zeigen, dass eine solche Kreislaufwirtschaft, international Circular Economy, ein Schlüssel für unterschiedliche aktuelle Herausforderungen sein kann. Dem ganzheitlichen ökonomischen Modell wird zugeschrieben, die Ressourcensicherheit zu erhöhen, neue lokale und regionale Wertschöpfungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch zu reduzieren und so zum Klima- und Biodiversitätsschutz sowie zur Wirtschafts- und Wohlstandssicherung beizutragen.

Der europäische Green Deal und der Circlar-Economy-Action-Plan bilden den Rahmen für kommunale und regionale Kreislaufwirtschaftsaktivitäten. Eine wichtige Rolle spielen auch die Vorgaben der EU-Taxonomie und Pflichten für Unternehmen aufgrund der Corporate Sustainability Reporting Derective (CSRD), die einen Übergang zur Kreislaufwirtschaft vorgeben. Auch wenn die CSRD abgeschwächt werden sollte, zielt der neue Clean Industrial Deal auf eine Transformation in Richtung Kreislaufwirtschaft: 24 Prozent der EU-Rohstoffe sollen bis 2030 in Kreisläufen genutzt werden. Das wären mehr als doppelt so viele (11,7 Prozent) wie 2023 (Eurostat). Bedeutsam bleibt das Klimaneutralitätsziel bis 2050 mit neuem Etappenziel zur Dekarbonisierung bis 2040 von 90 Prozent.

Fast alle EU-Mitgliedsstaaten haben Kreislaufwirtschaftsstrategien verabschiedet. Deutschland beschloss am 4. Dezember 2024 die Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS), die Bundesländern, Kommunen und Regionen in Deutschland eine Orientierung bietet, mit welchen Maßnahmen der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft vorangebracht werden soll. Schwerpunkte sind u.a. die zirkuläre Produktgestaltung im Rahmen der europäischen Ökodesign-Verordnung, die Umsetzung des Rechts auf Reparatur und die Förderung von Reparaturinitiativen, der digitale Produktpass sowie Beschaffungsleitlinien nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft für die öffentliche Hand. Europäische Städte setzen auch unter dem Einfluss der diversen Krisen auf zirkuläre Strategien. So hat Amsterdam während der Covid-19-Pandemie beschlossen, seine Kreislaufwirtschaftsstrategie auf Basis des Donut-Ökonomie-Modells zu entwickeln. Strategisch geht es Amsterdam darum, technologische Lösungen im Sinne des Klimaschutzes zu entwickeln und langfristig die eigene sozio-ökonomische Basis zu sichern. Letzteres zeigt sich in Kreislaufwirtschaftsstrategien zahlreicher europäischer Städte als Schlüsselfaktor. Denn der Wandel vom linearen zum zirkulären Wirtschaften muss ganzheitlich sein: Benötigt werden technologische Innovationen sowie neue kulturelle und soziale Praktiken. Die Frage, wie wir mit der gebauten Umwelt – unseren Ressourcen – umgehen, erfordert Offenheit gegenüber neuen Raumkonfigurationen, baulicher Ästhetik, Nutzungsmöglichkeiten und damit neue Wege in der Stadtgestaltung. Gleichzeitig besteht die Chance, damit einen starken Innovationsimpuls für die sozial-ökologische Transformation zu setzen, etwa durch neue zirkuläre und nachhaltige Geschäftsmodelle und Beschäftigungsmöglichkeiten. Nicht zuletzt kann – angesichts der zunehmenden Unabwägbarkeiten im globalen Handel – die Versorgungssicherheit durch geschlossene lokal-regionale Material- und Produktkreisläufe erhöht und regionale Wertschöpfung auch im Stadt-Land-Kontext nachhaltig gestaltet werden.

Foto: Difu

Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Foto: Adobe Stock, HollyHarry

Kommunen haben Handlungsspielräume, um den Übergang zum zirkulären Denken und Handeln zu unterstützen und resiliente Strukturen aufzubauen:

- Ein zentraler Baustein ist Infrastrukturplanung, die es u.a. ermöglicht, urbane Recycling-Hubs zu etablieren, Reparaturzentren zu fördern und nachhaltige Logistiksysteme für die Rückführung und Weiterverarbeitung von Materialien zu entwickeln. Kommunen können Rahmenbedingungen schaffen, die Sharing-Modelle stärken und eine ressourcenschonende Mobilität unterstützen. Durch die Planung von „Kreislaufwirtschaftsquartieren“ lassen sich nachhaltige Versorgungs- und Verwertungsstrukturen (u.a. durch urbane Produktion und Landwirtschaft) direkt in die Stadtentwicklung integrieren.
- Durch rechtliche Vorgaben und Steuern können Kommunen regulierend wirken. In der Bauleitplanung können Prinzipien der Kreislaufwirtschaft verankert und durch Vorgaben in Bebauungsplänen die Nutzung von Sekundärbaustoffen und eine flexible, modulare Bauweise gefördert werden. Eine kommunale Verpackungssteuer kann den Anreiz für die Verwendung von Mehrweggeschirr erhöhen.
- Ein zentraler Hebel ist die konsequent nachhaltige kommunale Beschaffungspolitik. Zirkuläre Kriterien für die öffentliche Vergabe und Empfehlungen für (kommunale) Unternehmen können den Markt für kreislauffähige Produkte und Dienstleistungen aktiv stärken.
- Durch kommunale Wirtschaftsförderung können Kommunen dazu beitragen, zirkuläre Geschäftsmodelle zu fördern: Über Beratung, Flächenvergabe oder Netzwerke werden Impulse gesetzt, Anreize geschaffen oder Kooperationen initiiert, um ressourcenschonende Produktionsprozesse zu entwickeln, Reparatur- und Recyclinglösungen auszubauen und Innovationen im Bereich der Industriesymbiose voranzutreiben.
- Zirkulärer Wandel beginnt in den Köpfen und bedeutet Handeln und Konsumieren zu verändern. Deshalb sind Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen in allen kommunalen Handlungsbereichen wichtige Leitplanken beim Übergang zur Kreislaufstadt.

Initiativen und Akteure in Deutschland, u.a. aus den Bereichen der Abfall-, Bau-, Lebensmittelwirtschaft, der Mobilität und der Wissenschaft treiben die Kreislaufwirtschaft voran. Die Praxis europäischer Städte zeigt, dass Kreislaufstädte nicht zufällig entstehen. Vielmehr lassen sich durch gutes Governance-Design die zirkulären Akteure aus Politik & Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft bis zur Zivilgesellschaft identifizieren und zielgerichtet vernetzen, um erfolgreich Projekte zu realisieren.

Der Weg zur Kreislaufstadt ist ein Marathon, der strategische Planung erfordert und bei dem alle Teilnehmenden gemeinsame Leitziele verfolgen sollten. Eine kommunale oder regionale Kreislaufwirtschaftsstrategie kann als Kompass dienen, Wege abstecken, Rahmenbedingungen setzen und Konsistenz zwischen den Maßnahmen der Handlungsfelder gewährleisten. Die Vision der Kreislaufstadt entsteht nicht im kommunalen Vakuum, sie leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Wichtig ist die Anbindung an kommunale Nachhaltigkeitsstrategien und die Verknüpfung mit bestehenden Konzepten (z.B. Klimaschutz, Zero-Waste). Kreislaufwirtschaft kann so zu einem Standortvorteil werden, der nachhaltige Unternehmen anzieht und langfristig wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Mehrwert schafft.

zum Weiterlesen

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung
www.difu.de/17768

Indikatoren für die Kreislaufwirtschaft in Hamburg
www.difu.de/18863

BMVU (Hrsg.): , Nationale Kreislaufwirtschaft (NKWS), 2024
www.t1p.de/t3fjs

ICLEI – Local Governments for Sustainability, CCD-Report, 2024, PDF
www.t1p.de/3f974

WWF (Hrsg.):, Modell Deutschland Circular Economy, 2023, PDF
www.t1p.de/41i6n

BMWSB, Kreislaufwirtschaft für die ländliche Entwicklung, 2023
www.t1p.de/65crh

City of Amsterdam, Amsterdam Circular Economy Strategy
www.t1p.de/rb0wt

OB-Barometer: Finanzen sind das alles beherrschende Thema der Städte

Difu-Jahreserhebung zeigt bei Finanzen deutlichen Sprung nach oben. Wohnen, Unterbringung/Integration Geflüchteter sowie Klimaschutz folgen mit deutlichen Abstand. Demokratieskepsis und Rechtspopulismus erstmals als drängendes Thema benannt.

Fotos: Difu

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr.
Beate Hollbach-Grömig
+49 30 39001-293
hollbach-groemig@difu.de

Was sind aktuell die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?

Das Thema „Kommunalfinanzen" war bereits 2024 laut Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern (OBs) das aktuell wichtigste Handlungsfeld für die eigene Stadt. 2025 gewinnt es jedoch nochmals deutlich an Dynamik: Mit 70 % (Vorjahr 50 %) der Nennungen stufen die OBs das Thema doppelt so wichtig ein wie die nachfolgenden Themen Wohnen, Unterbringung/Integration Geflüchteter sowie Klimaschutz. Bis auf die Flüchtlingsthematik 2015 haben die Stadtspitzen seit Beginn der Difu-Befragungsreihe keinem anderen Thema eine solch hohe Relevanz und Dringlichkeit beigemessen. Dabei gibt es auch keine Unterschiede zwischen Bundesländern oder Stadtgrößen. Zu diesen Einschätzungen zur Finanzsituation passt, dass Fragen des Erhalts und Ausbaus der kommunalen Infrastruktur insgesamt und bei der Schulentwicklung im Besonderen ebenfalls als so wichtig wie nie zuvor bewertet werden. Jeweils ein Viertel der Stadtspitzen nennt diese beiden Handlungsfelder als vordringlich, im Vergleich zu nur 14 % im Vorjahr.

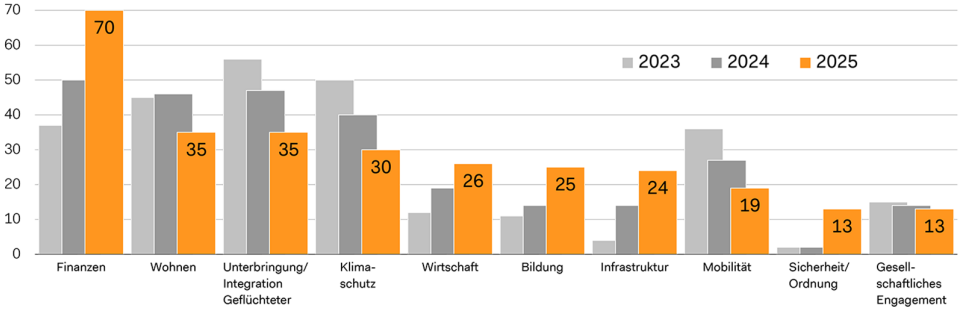
Der wachsende Ausgabendruck in den Kommunen verschärft sich durch weiter steigende Sozialausgaben. Nach Angaben des Deutschen Städtetages sind die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Bereichen um mindestens ein Drittel, teilweise um mehr als 100 % gestiegen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe haben sich beispielsweise die Ausgaben in zehn Jahren mehr als verdoppelt – von 32,8 Mrd. Euro auf 67,6 Mrd. Euro bundesweit, unter anderem durch den umfangreichen Ausbau der Kinderbetreuung.

Bei der Frage nach den größten krisenbedingten Herausforderungen – hier werden den OBs Themen genannt, zu denen sie sich im Hinblick auf die Bedeutung für die eigene Stadt positionieren sollen – nennen dementsprechend 85 % steigende Sozialausgaben als „sehr große" oder „große" Herausforderung. Verschärft wird die Situation durch die Erwartung von Steuerausfällen und rückläufigen Steuereinnahmen. Mehr als zwei Drittel der OBs sehen hierin eine „sehr große" oder „große" Herausforderung.

Dass der dramatische Bedeutungsgewinn des Finanzthemas nicht nur eine Momentaufnahme ist, zeigen die Einschätzungen der politischen Spitzen für die nächsten Jahre: Für 68 % bleiben Finanzen das wichtigste Thema auf der kommunalen Agenda. Kein anderes Thema erreichte bei dieser Frage der OB-Befragung in den letzten zehn Jahren einen so hohen Wert.

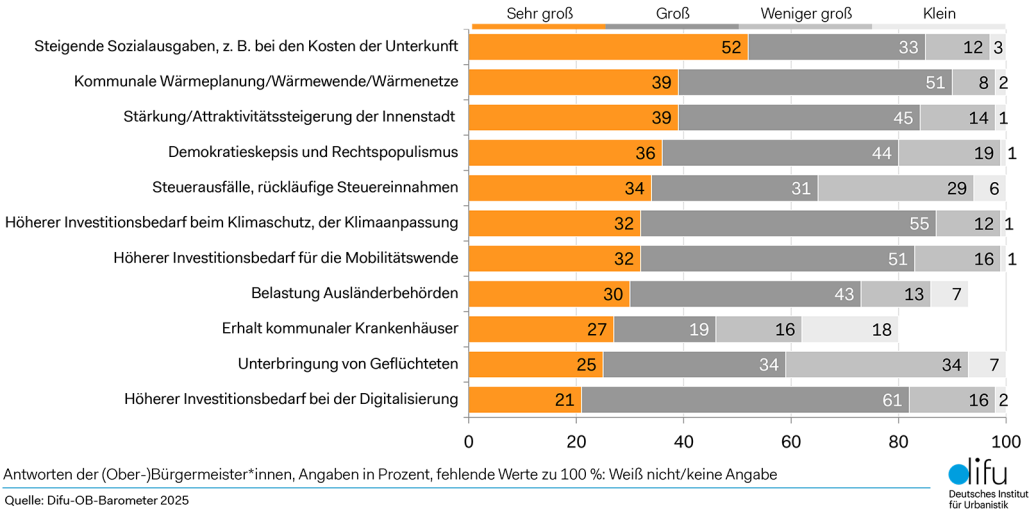
Die wichtigsten Themen der vergangenen Jahre, Unterbringung/Integration Geflüchteter und Wohnungsbau/bezahlbares Wohnen sowie die „Klimathemen", folgen mit deutlichem Abstand zum Finanzthema auf den weiteren Plätzen. Etwa ein Drittel der OBs nennt diese Themen, die ja auch finanzwirksam sind, als aktuell wichtigste Handlungsfelder in der eigenen Stadt. Wichtiger geworden ist aktuell auch das Thema „Stärkung

Was sind **aktuell** die wichtigsten Aufgaben in der eigenen Stadt?
Der mit Abstand größte Handlungsbedarf in der eigenen Stadt liegt bei den Finanzen. Es folgen die Themen Wohnen, Unterkunft/Integration Geflüchteter und Klimaschutz.



Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Difu-OB-Barometer 2025

Wie groß sind die krisenbedingten Herausforderungen für die eigene Stadt?



Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Difu-OB-Barometer 2025

Wie groß sind die krisenbedingten Herausforderungen für die eigene Stadt?

der Wirtschaft“. Hier wirken sich über zwei Jahre stagnierende Wirtschaftsentwicklung aus, die auf der kommunalen Ebene deutlich spürbar wird.

Alle diese Themen werden in der Einschätzung der Stadtspitzen auch in den nächsten fünf Jahren ihre Bedeutung behalten. Die „Klimathemen“ rücken in ihrer zukünftigen Bedeutung auf der politischen Agenda erneut nach oben, auch vor die Themen Flüchtlingsunterbringung und Wohnungsbau. Sie erreichen jedoch bei weitem nicht mehr die Bedeutung der vergangenen Jahre.

Neben den Herausforderungen durch steigende Sozialausgaben bei gleichzeitig rückläufigen Steuereinnahmen sind es die „Klimathemen“, wie Umsetzung der Wärmewende und Klimaanpassungsmaßnahmen, und der damit verbundene Investitionsbedarf, die 90 % der OBs als erhebliche krisenbedingte Herausforderung nennen. Auch die „Stärkung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“ beschäftigt weiterhin viele Städte. 84 % der OBs sehen in dieser Transformation weiter eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung. 2025 wurde erstmals das Thema „Demokratieskepsis und Rechtspopulismus“ als Herausforderung aufgenommen. 80 % der Stadtspitzen bewerten die Auseinandersetzung und den Umgang damit als „sehr große“ oder „große“ Herausforderung.

Überraschend scheint zunächst, dass sich der Handlungsdruck bei der Unterbringung Geflüchteter im Vergleich zu den Vorjahren etwas abgeschwächt zu haben scheint, von mehr als 90 % der Stadtspitzen, die hierin im Jahr 2023 eine erhebliche Herausforderung sahen, auf knapp 60 % im Jahr 2025. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Zahl der Asylanträge im Jahr 2024 um fast ein Drittel gegenüber 2023 zurückgegangen ist – und damit die Zahl der nach Deutschland Geflüchteten. In der aktuellen Diskussion machen die Kommunen allerdings weiterhin sehr deutlich, dass ihre Finanzmittel nicht annähernd ausreichen werden, um die Herausforderungen der Unterbringung einer großen Zahl von Geflüchteten zu bewältigen, weshalb Unterstützung durch die Bundesebene erforderlich ist.

Auch 2025 ist die Finanzpolitik der Bereich, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern. 81 % nennen diesen Politikbereich, dies sind noch einmal deutlich mehr als 2024. Alle anderen Politikbereiche folgen auch hier mit einem gewissen Abstand. Wichtig bleiben die Wohnungspolitik, die 58 % der OBs nennen, gegenüber 2024 (53 %) also ein Bedeutungsgewinn, und die Flüchtlingspolitik, für die die Hälfte der OBs weiterhin Unterstützung einfordert.

Die Diskussion in den Kommunen wird im Jahr 2025 eindeutig vom Finanzthema bestimmt, im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen, aber auch mit Blick in die Zukunft. Wobei die Finanzen immer auch in einem thematischen Kontext stehen: Es geht um Finanzmittel im sozialen Bereich, für Investitionen in die Infrastruktur, besonders Schulen (und damit auch Bildungspolitik), oder Maßnahmen zur Klimaanpassung. Und damit geht es zugleich um wichtige Standortfaktoren, um den Standort Deutschland und konkret die Kommunen attraktiver zu machen, unterstützt auch durch einen Abbau der nicht-monetären Investitionshemmnisse.

Von diesen Herausforderungen sind alle Kommunen betroffen: Die Einschätzungen und Bewertungen der Stadtspitzen zur aktuellen Situation in den Städten unterscheiden sich – wie schon 2024 – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.

www.difu.de/18958
www.difu.de/12580

Dann wird's laut. Verkehrsberuhigung und Einzelhandel

Ein neues Policy-Paper des Difu zum Thema Einzelhandel und Verkehrsberuhigung gibt Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis und zeigt, wie Einzelhandelsinteressen und eine zukunftsweisende Mobilitätsplanung zusammengebracht werden können.

Foto: pixabay, planet_fox

Stirbt der Einzelhandel durch Verkehrsberuhigung? So manche Reaktionen von Handel und Interessensverbänden legen dies nahe. Ganz gleich, ob in Großstädten Parkplätze reduziert oder in Klein- oder Mittelstädten Straßenraum zugunsten von Rad- und Fußwegen umverteilt wird. Fast überall gehören Einzelhandel und Gewerbe zu denjenigen, die, zum Teil mit scharfen Worten, gegen Umgestaltungspläne opponieren. Sie fürchten, die Maßnahmen könnten ihre Kundschaft abschrecken und sich negativ auf Einnahmen und Umsätze auswirken.

Aus diesem Grund hat das Difu Studien zur Wirkung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf den Einzelhandel in unterschiedlichen nationalen und internationalen Kontexten ausgewertet. Das zentrale Ergebnis der vorliegenden und als Policy-Paper veröffentlichten Untersuchungen: Ein kausaler Zusammenhang zwischen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und einer wirtschaftlichen Schlechterstellung des Einzelhandels ist nicht belegbar. Wird der Straßenraum zugunsten des Umweltverbundes – ÖPNV, Rad- und Fußverkehr – und einer höheren Aufenthaltsqualität umgestaltet, so wirkt sich dies vielmehr positiv auf die Besucher*innenfrequenz und somit potentiell auch die Umsatzentwicklung aus.

Gut belegt ist außerdem, dass Radfahrende und Zufußgehende zwar pro Besuch weniger Geld ausgeben als Personen, die mit dem Auto zum Einkaufen fahren. Sie suchen den Einzelhandel dafür jedoch häufiger auf, wodurch sie insgesamt einen höheren Umsatz „einspielen".

Zu den Fakten gehört aber auch: Erhebungen zur Wirkung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen auf den Einzelhandel sind methodisch anspruchsvoll, Entwicklungen können angesichts eines grundlegenderen Strukturwandels im Einzelhandel– beispielsweise durch Zunahme des Online-Handels – kaum allein auf Umgestaltungsmaßnahmen im Straßenraum zurückgeführt werden. Darüber hinaus fehlt für Klein- und Mittelstädte weitgehend eine valide Datengrundlage.

Vor diesem Hintergrund soll das Policy-Paper einen Überblick über Ergebnisse aus wissenschaftlichen Studien und Berichten aus der Praxis geben und Orientierung bieten. Die Zusammenstellung zeigt, dass Verkehrsberuhigung und Einzelhandelsinteressen keine Gegensätze sind oder sein müssen. Im Gegenteil. Wo mit Bedacht und unter Berücksichtigung von wissenschaftlichem und Praxiswissen gemeinsam geplant und gestaltet wird, stehen die Chancen gut, Lösungen zu finden, die den Einzelhandel fördern und zugleich die Ziele einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung sowie Gesundheits- und Klimaschutzziele verfolgen.

www.difu.de/18926

Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de

Deutschlands Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung

Deutschland berichtet 2025 erneut bei den Vereinten Nationen über die Fortschritte der nachhaltigen Entwicklung. Das Difu bringt auf Initiative von und mit Städten und Partnerorganisationen die Perspektive der Kommunen in den Voluntary National Review ein.

Im Jahr 2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Sustainable Development Goals (SDGs) als umfassenden globalen Fahrplan für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Längst ist klar, dass die nachhaltige Transformation auch auf lokaler Ebene maßgeblich gestaltet wird. In deutschen Kommunen ist dies vielerorts gelebte Realität, was durch eine wachsende Anzahl an Nachhaltigkeitsstrategien und -berichten oder freiwillige Selbstverpflichtungen, wie der Musterresolution Agenda 2030, belegt wird. Dennoch stehen Kommunen vor Herausforderungen: begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen, wachsende Anforderungen durch Gesetze und die Notwendigkeit, Nachhaltigkeitsziele systematisch in Fachstrategien, Haushalte und Planungsprozesse zu integrieren.

2025 wird die Bundesregierung im Rahmen des dritten Voluntary National Review (VNR) erneut über die bundesweiten Fortschritte bei der Umsetzung der Agenda 2030 berichten. Erstmals wird dabei die kommunale Ebene in substanziellem Umfang berücksichtigt. Um diesen Prozess aktiv zu begleiten und die Perspektiven der Kommunen sichtbar zu machen, haben die Städte Bonn, Hamburg, Mannheim und Stuttgart die Erstellung eines Voluntary Local Government Review (VLGR) initiiert. Ziel dieses begleitenden Berichts ist es, das Spektrum der Nachhaltigkeitsaktivitäten in deutschen Kommunen umfassend darzustellen und eine Grundlage für die Zusammenfassung im VNR zu liefern, um der lokalen Ebene eine starke, koordinierte Stimme im nationalen Nachhaltigkeitsdiskurs zu geben.

Der VLGR wird vom Difu in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet. Kern des Berichts sind 15 Beiträge deutscher Kommunen, die eigene Fortschrittsberichte für die Vereinten Nationen, „Voluntary Local Reviews“ (VLRs), veröffentlicht haben. Diese Steckbriefe bieten einen kompakten Überblick über Fortschritte, Herausforderungen und innovativen Ansätze, die in den jeweiligen Städten, Landkreisen und Gemeinden verfolgt werden. Mit einer Auswertung der aktuellen Rahmenbedingungen für kommunales Nachhaltigkeitsengagement und der Analyse der SDG-Indikatoren für Kommunen in Deutschland wird die Bestandsaufnahme vom Difu abgerundet.

Die Untersuchung zeigt: Kommunen haben seit 2021 trotz angespannter Rahmenbedingungen weitere Schritte hin zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement gemacht. Hunderte Kommunen haben bereits Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt und messen ihre Fortschritte, z.B. mit dem Berichtsrahmen Nachhaltige Kommunen. Von besonderer Bedeutung ist die Verzahnung von Zielen, Maßnahmen und Indikatoren in den Haushalt, um das vielfältige Engagement zu verstetigen.

Der VLGR zeigt auch, dass Nachhaltigkeit über lokale Grenzen hinausgeht: Mehr als 800 Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und dem Globalen Süden fördern fairen Handel, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Internationale Konferenzen und Netzwerke verfolgen gemeinsam mit deutschen Städten innovative Lösungen.

Foto: Adobe Stock, katatonia

Trotz positiver Wirkungen in einigen SDGs bleiben zentrale Herausforderungen: Wohnraum, Fläche und Mobilität beschreiben beispielsweise Themen, die Fortschritte eher hemmen. Diese sind oftmals Ausdruck von Zielkonflikten, die sich auf kommunaler Ebene besonders bemerkbar machen. Viele negative, aber auch positive Wirkungen lassen sich mit der derzeitigen Datenlage für Kommunen allerdings nicht bewerten. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen kann das kommunale Nachhaltigkeitsengagement in den verbleibenden Jahren der Agenda 2030 so in die Breite tragen und weiterentwickeln, dass die notwendige Wirkung entfaltet wird.

www.difu.de/18881

Oliver Peters, M.Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de

Valeska Liedloff, M.A.
+49 30 39001-200
liedloff@difu.de

Klimaschutz in Kommunen effizienter finanzieren

Wie können Bund und Länder die Kommunen bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen besser unterstützen? Ein Policy-Paper des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) empfiehlt die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz.

Foto: Adobe Stock, Philipp Gegner

Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen nehmen die Kommunen eine Schlüsselrolle ein, es fehlt jedoch an Geld und Personal. Deshalb schlägt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einem neuen Policy-Paper eine Lösung vor, wie Haushaltsressourcen möglichst ziel- und wirkungsorientiert zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden könnten. Das Paper wägt zwei Finanzierungsansätze gegeneinander ab: Die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz und die Umverteilung von Umsatzsteuereinnahmen zugunsten der Kommunen.

Die Analyse zeigt, dass die Gemeinschaftsaufgabe der Umsatzsteuerumverteilung vorzuziehen ist: Mit der Gemeinschaftsaufgabe können finanzielle Mittel effizient und flexibel dort eingesetzt werden, wo Investitionen in den Klimaschutz nötig und sinnvoll sind. Zudem besteht mit der Gemeinschaftsaufgabe die Möglichkeit, finanzschwache Kommunen gezielt zu unterstützen. Die Umsatzsteuer hingegen wird nach festen Quoten verteilt und folgt damit eher dem Gießkannenprinzip. Eine neue Gemeinschaftsaufgabe bietet zudem die Möglichkeit, die sehr hohe Zahl an komplizierten Förderprogrammen in die Gemeinschaftsaufgabe zu überführen. Allerdings ist dabei darauf zu achten, dass der Koordinationsaufwand zwischen Bund, Ländern und Kommunen möglichst gering gehalten wird. Hier gilt es, aus früheren Erfahrungen zu lernen.

Auf den ersten Blick scheint die Umsatzsteuerlösung rechtlich einfacher umzusetzen zu sein. Dabei sollten die Mittel jedoch dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden und die größte Klimaschutzwirkung erzielen. Die Difu-Studie verdeutlicht, dass Klimaschutzaufgaben der Kommunen mit einer Gemeinschaftsaufgabe effizienter und verlässlicher finanziert werden können.

Das Policy-Paper zeigt auch, wie die Gemeinschaftsaufgabe rechtlich und praktisch umgesetzt werden kann. Zur rechtlichen Umsetzung gehören neben der Verfassungsänderung ein einfaches Gesetz, das die Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe regelt, sowie ein gemeinsamer Koordinierungsauschuss von Bund, Ländern und – in diesem Fall – auch den Kommunen. Für die praktische Umsetzung möglicher Förderschwerpunkte werden drei Optionen vorgeschlagen:

- die Förderung von Klimaschutzkonzepten,
- die Förderung konkreter Investitionsaufgaben sowie
- Förderpauschalen, die die Kommunen frei für Klimaschutz verwenden können, wenn sie einen möglichst hohen Wirkungsgrad nachweisen können.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht vor, dass „die Effizienz der Mittelvergabe“ des KTFs gesteigert und „stärker an den Kriterien der CO_2-Vermeidung und des sozialen Ausgleichs“ ausgerichtet werden soll. Außerdem sollen Kleinstprogramme abgeschafft werden. Möglicherweise bietet hierfür die „Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz“ eine geeignete Blaupause.

www.difu.de/18853

Prof. Dr. Carsten Kühl
+49 30 39001-214
kuehl@difu.de

Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Klimaschutz-Monitoring: Erfahrungen aus der kommunalen Praxis

Ein aktueller Difu-Impulse-Band stellt verschiedene Ideen und Herausforderungen des Klimaschutz-Monitorings sowie gute Beispiele aus der Praxis vor. Die Erfahrungen geben Anregungen für weitere Kommunen, die Monitorings durchführen möchten.

Klimaschutz als kommunale Querschnittsaufgabe gewinnt weiter an Bedeutung. Viele Kommunen setzen sich ehrgeizige Klimaschutzziele und entwickeln dazu konkrete Handlungsprogramme und -strategien, nicht selten mit dem Ziel bis 2035 oder 2040 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Doch Konzepte allein reichen nicht aus. Um wirksamen Klimaschutz vor Ort durchzusetzen, wird es immer wichtiger, deutlich ambitionierter und zügiger in die Umsetzung zu kommen. Dabei ist es entscheidend, den Fortschritt der eigenen Klimaschutzaktivitäten regelmäßig zu überprüfen und bei Bedarf auch anzupassen. Angesichts der Vielzahl von Projekten in unterschiedlichen Handlungsfeldern und der vielfältigen kommunalen Zuständigkeiten, ist es jedoch oft eine Herausforderung, als Kommune den Überblick zu bewahren und sicherzustellen, konsequent auf dem richtigen Zielpfad zu bleiben. Der Aufbau eines kommunalen Klimaschutz-Monitorings ist daher ein wichtiger Schritt, um den Fortschritt im Klimaschutz systematisch zu verfolgen und Maßnahmen mit Blick auf die eigenen Klimaschutzziele steuern zu können.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz finanzierten Projekts „Gemeinsam mehr Klimaschutz schaffen! Wissens- und Aktionspaket von und für Kommunen“ (2022 bis 2024) hat das Difu gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern bundesweit insgesamt acht Praxiswerkstätten zum Klimaschutz-Monitoring durchgeführt. Ziel war es, zusammen mit kommunalen Akteuren durch gemeinsame Reflexion und Diskussion, Lösungen und Wege für ein eigenes Klimaschutz-Monitoring zu erarbeiten oder weiterzuentwickeln.

Die Ergebnisse zeigen: Kommunen verfolgen mit dem Klimaschutz-Monitoring unterschiedliche Strategien, die sich nach ihren Ressourcen, Zielen und lokalen Gegebenheiten richten. So dienen beispielsweise Klimaschutz- bzw. Sachstandsberichte vorrangig als Monitoring „nach innen“, indem sie Zahlen und Fakten zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen sowohl verwaltungsintern als auch für die lokale Politik transparent machen. Zum anderen geht es beim Monitoring verstärkt auch um die Kommunikation nach außen. Interaktive Dashboards und regelmäßig aktualisierte Internetseiten können dazu beitragen, Monitoring-Ergebnisse für verschiedene Akteursgruppen visuell aufzubereiten und das Engagement für den Klimaschutz zu fördern.

Herausforderungen für die Kommunen bestehen insbesondere in der Datenbeschaffung und -aufbereitung sowie der Entwicklung geeigneter Indikatoren zur Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen. Um den Einstieg in das Klimaschutz-Monitoring zu erleichtern, sollten sich Kommunen vor allem auf möglichst umsetzbare und effektive Indikatoren fokussieren, wie etwa beim Energieverbrauch im Gebäudebereich. Insbesondere Daten aus der Treibhausgasbilanz bieten eine solide Grundlage für die Erhebung relevanter Kennzahlen. Auf dieser Basis können schrittweise weitere Indikatoren integriert und die Monitoring-Prozesse kontinuierlich erweitert werden. Grundsätzlich sollten Datenschutzaspekte, insbesondere bei der Erhebung von Verbrauchsdaten, von Anfang an mitgedacht werden.

Foto: Adobe Stock, ralfspangenberg

Der Austausch und die Erfahrungsberichte der Kommunen haben gezeigt: Die Grundlagen und Herangehensweisen mit Blick auf ein Klimaschutz-Monitoring sind sehr unterschiedlich. Die Vorstellung verschiedener Modelle sowie guter Beispiele aus der Praxis sollen den Austausch und die Vernetzung in diesem Themenfeld stärken und Kommunen dazu motivieren, erfolgreiche Ideen für die eigene Klimaschutzarbeit zu adaptieren.

www.difu.de/18847

Marco Peters, M.A.
+49 221 340308-27
peters@difu.de

Paul Ratz, M.Sc.
+49 221 340308-11
ratz@difu.de

Dipl.-Geogr.
Franziska Wittkötter
+49 221 340308-23
wittkoetter@difu.de

Wiederaufbau nach Flutkatastrophen: Ein Praxisleitfaden für Kommunen

Die Flut 2021 im Ahrtal und NRW zeigt: Kommunen brauchen klare Strategien für den Wiederaufbau. Ein neuer, vom BMBF geförderter und vom Difu herausgegebener Praxisleitfaden bietet dafür konkrete Handlungsempfehlungen.

13 Verbundpartner – einer davon das Difu – wurden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung beauftragt, den Wiederaufbau im Ahrtal und in NRW wissenschaftlich zu begleiten. Das Difu hat die betroffenen Kommunen mit seiner Expertise dabei unterstützt, im Zuge des Wiederaufbaus verstärkt klimaangepasste Siedlungsstrukturen und eine bessere Resilienz zu berücksichtigen. Andere Verbundpartner nahmen unter anderem den technischen und operativen Hochwasserschutz, die Frühwarnung, die Hochwassermodellierung oder den Gebäudeschutz in den Fokus. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in der Zeit von 2021 bis 2025 im Projekt „KAHR: Klima-Anpassung, Hochwasser und Resilienz“ gesammelt wurden, wurden in einem Praxisleitfaden aufbereitet. Er deckt eine Vielzahl an Themen ab, die im Zuge von Wiederaufbaumaßnahmen von Bedeutung sind, und liefert Fachbeiträge in den Themenkomplexen „Wiederaufbau“, „Risikobewertung und Risikoverringerung“ sowie „Resilienz von Gesellschaften“.

Foto: Adobe Stock, Progarten

Die von der Flutkatastrophe 2021 betroffenen Städte Stolberg und Eschweiler in NRW sowie das Ahrtal in Rheinland-Pfalz haben an dem Praxisleitfaden mitgewirkt. Während der Projektlaufzeit dienten sie als Pilotkommunen bzw. als Pilotregion. In Interviews, gemeinsamen Veranstaltungen und Workshops gaben sie den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zum einen wertvolle Einblicke in die komplexen Herausforderungen, denen sich die Kommunalverwaltungen nach der Flutkatastrophe stellen mussten und müssen. Zum anderen waren sie dazu aufgefordert, die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen aus der Begleitforschung zu erproben und in den Wiederaufbau mit einzubinden.

Die kommunalen Erfahrungsberichte werden in dem Praxisleitfaden an drei Beispielen veranschaulicht: Der Landkreis Ahrweiler entschied sich unter anderem auf Grundlage eines Gutachtens für die Standortverlagerung einer Schule. Am Beispiel der Pilotkommune Eschweiler wird deutlich, welche Überlegungen für einen verbesserten Hochwasserschutz ergriffen werden können, damit eine Schule an ihrem Standort bleiben kann. Und am Beispiel der Pilotkommune Stolberg wird erläutert, wie groß die Herausforderungen für eine Kommune sind, wenn ein benachteiligtes Quartier von einer Flutkatastrophe getroffen wird.

Kommunen, in denen bereits Erfahrungen mit Wiederaufbauprozessen gesammelt wurden, dienten im Projekt als Referenzkommunen. Vier Referenzkommunen standen den betroffenen Kommunen im Ahrtal und in NRW während der Projektlaufzeit für einen digitalen Erfahrungsaustausch zur Verfügung: Braunsbach (Baden-Württemberg), Goslar (Niedersachsen), Meißen (Sachsen), Simbach am Inn (Bayern). Sie konnten mit ihren erprobten Strategien und Maßnahmen nicht nur inspirieren, sondern mit ihrem Erfahrungsschatz auch kollegial beraten. In dem Praxisleitfaden werden die Erfahrungen in den Themenfeldern Frühwarnung, Flussrenaturierung, Bevölkerungsbeteiligung und Denkmalschutz vorgestellt.

Der Praxisleitfaden enthält weitere Themenseiten, Empfehlungen und Literaturhinweise. Alle Beiträge machen das Prinzip „Building Back Better“, einen verbesserten Wiederaufbau, zum Anliegen. Schließlich ist nicht die Wiederherstellung des ehemaligen Status quo das Ziel eines solchen Wiederaufbaus, sondern die Herstellung von Siedlungs- und Infrastrukturen, die sich bei einem nächsten Ereignis als resilient erweisen und damit zukunftsfähig sind.

www.difu.de/18902

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Orte der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus

Das aktuelle Heft der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) behandelt die Erinnerung an den Nationalsozialismus in westdeutschen Städten als langwierigen und unabgeschlossenen Prozess. Ferner bietet es Beiträge zur Ukraine und zu New York.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte erst spät und zögerlich so etwas wie eine lokale Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Herrschaft und ihren Verbrechen ein. Das Heft zeigt anhand der Städte Berlin, Hamburg, Köln, Hannover und Frankfurt, wie diese Auseinandersetzung in Gang kam und durch wen sie vorangetrieben oder auch gehemmt wurde. Gedenkinitiativen und Gedenkstätten werden auf diese Weise selbst historisch untersucht und kontextualisiert, wie Ralf Roth einleitend betont.

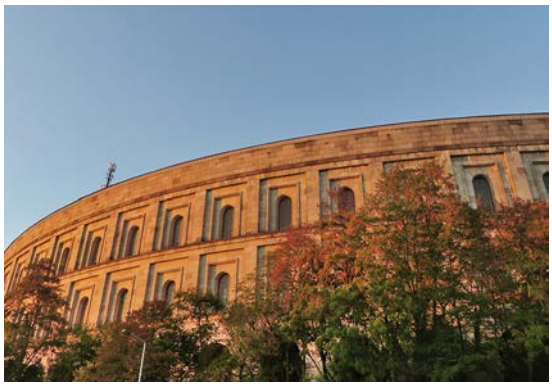


Foto: Adobe Stock, pusteflower9024

Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, Kongresshalle

Zunächst erläutert Christoph Bernhardt am Beispiel von Berlin, wie das NS-Regime sich verankern und die jüdische Minderheit verfolgen konnte. Entscheidend hierfür war das Zusammenspiel zwischen Straßengewalt einerseits, legaler und bürokratischer Repression andererseits, das jedoch erst seit den 1980er-Jahren kritisch betrachtet worden ist. Auch schon vorher bemühten sich zivilgesellschaftliche Akteure um ein Gedenken dessen, was sich an den Orten der jeweiligen Konzentrationslager und Gestapozentralen abgespielt hatte. Annemone Christians-Bernsee zeichnet diesen Prozess am Beispiel des Kölner EL-DE-Hauses und heutigen NS-Dokumentationszentrums nach, das Mitte der 1980er-Jahre schließlich durch die Stadt institutionalisiert wurde. Oliver von Wrochem richtet dagegen den Blick auf die gesamte Erinnerungslandschaft einer deutschen Großstadt. Am Beispiel von Hamburg arbeitet er die Rolle geschichtspolitischer und gesellschaftlicher Veränderungen heraus und weist auf bislang eher vernachlässigte Aspekte wie Bezüge zum kolonialistischen Erbe der Hansestadt hin.

Weniger zögerlich oder gar ablehnender als anderswo verhielten sich Stadtpolitik und Stadtverwaltung in Hannover, wie Jens Binner zeigt. Bürgerschaftliches Engagement war hier keineswegs unwichtig, aber es wurde von Beginn an aus dem Rathaus heraus unterstützt. Ebenso wie Wrochem argumentiert auch Binner für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der lokalen Erinnerungskultur.

Im Zentrum des Beitrags von Michael Lenarz steht erneut eine einzelne Institution, nämlich das 1988 eröffnete Jüdische Museum Frankfurt. Es wird deutlich, wie schwierig es war und bleibt, sowohl der Schoa als auch der langen, nicht darauf reduzierbaren jüdischen Geschichte der Stadt am Main gerecht zu werden – aber auch, dass das Museum heute Teil eines arbeitsteiligen Netzwerks lokaler Institutionen und Initiativen ist.

Läuft die Entwicklung des städtischen Gedenkens also doch auf eine schlussendliche Erfolgsgeschichte heraus? Ralf Roths Beitrag zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Frankfurter Banken verweist skeptisch auf eine Gegenbewegung, die sich nicht auf Rechtsradikale beschränkt. Er wirft nicht nur den Banken, sondern auch einigen deutschen Unternehmenshistorikern mangelndes Interesse an wichtigem Quellenmaterial zur Enteignung jüdischer Kunden vor.

Neben dem Schwerpunktthema, das durch Robert Obermairs ausführliche Besprechung des Werkes „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ abgerundet wird, enthält das Heft ein Forum, das den stadthistorischen Blick ins Globale weitet. Natalia Otrishchenko widmet sich auf der Grundlage von Interviews den Erfahrungen von Planern und Architekten in der späten sowjetischen und dann unabhängigen Ukraine. Yevhen Rachkov diskutiert, wie im Zeichen des russischen Angriffskriegs mit dem baulichen Erbe Charkiws umgegangen wird. Schließlich blickt Martin Kohlrausch auf einen in Deutschland kaum bekannten stadthistorischen Klassiker zurück, nämlich Robert Caros Studie über Robert Moses, der die Planungsprozesse in New York von den 1930er- bis zu den 1960er-Jahren weitgehend kontrollierte. Dabei geht es grundsätzlich um das Spannungsverhältnis von Demokratie, Infrastruktur und Planung im Zeitalter von Massenmedien und Motorisierung.

www.difu.de/18858

Prof. Dr. Moritz Föllmer
m.foellmer@uva.nl

Digitale Plattformen verändern Städte und Regionen

Ob Wohnen, Mobilität, Einzelhandel oder Gastronomie: Unternehmen wie Lieferando, Airbnb, Uber & Co. verändern, wie wir leben, arbeiten und uns fortbewegen. Eine neue Publikation zeigt, wie Kommunen Plattformlösungen aktiv nutzen und gestalten können.

Plattformen und digitale Dienste wie Amazon, Tier, Booking oder Flink bieten ihre Dienstleistungen zwar online an, ihre Wirkung beschränkt sich jedoch nicht auf den digitalen Raum. Ganz im Gegenteil – diese Geschäftsmodelle nutzen den Stadtraum und die dort vorhandene Infrastruktur: in Form von Stellplätzen im öffentlichen Raum, als Verkehrsnetz, als dezentrale Lagerfläche im Erdgeschoss. Diese Nutzungen erfordern Aushandlungsprozesse. Insgesamt setzt die Plattformökonomie weitreichende Entwicklungen in Gang, die es kommunalen Akteuren mitunter schwer machen, die – möglicherweise negativen – Auswirkungen auf die Stadtentwicklung zu erkennen und adäquat zu reagieren. Im Mittelpunkt der Studie steht daher die Frage nach den Implikationen der Plattformökonomie für Städte und Regionen.

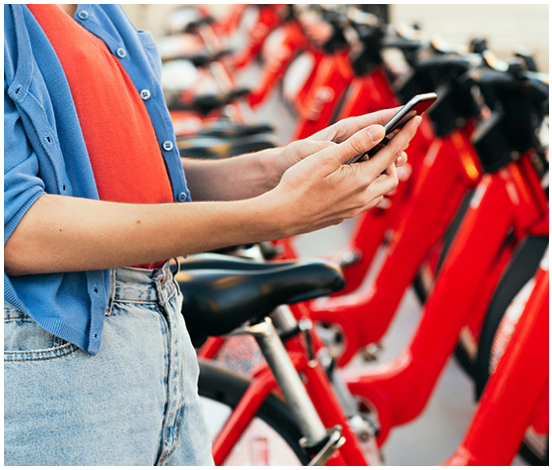


Foto: Adobe Stock, Raul Mellado

Die neue Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software Engineering (IESE) ist im Rahmen der Begleitforschung zum Programm Modellprojekte Smart Cities (MPSC) entstanden. Sie zeigt, wie Kommunen Plattformlösungen aktiv nutzen und gestalten können – indem sie Vereinbarungen mit Unternehmen abschließen, Dienste regulieren oder in eigener Verantwortung Lösungen entwickeln. Die Studie fasst bisherige Erkenntnisse zu den Effekten von Plattformen und digitalen Diensten auf elf Handlungsfelder der Stadtentwicklung zusammen. In insgesamt 16 Steckbriefen beleuchten die Autorinnen und Autoren den Einfluss unterschiedlicher Onlineportale: von Lime oder Uber, die traditionelle Verkehrsmittel ergänzen, bis hin zu Airbnb, das Wohnungen an Touristinnen und Touristen vermietet. Gleichzeitig bezieht die Studie gezielt kommunal initiierte und betriebene Plattformen ein. Dazu gehören Angebote wie die Freiburger Wohnungstauschbörse, die Buchungsplattform Biletado (Amt Süderbrarup) oder die Ferienprogrammplattform FeProNet (Bamberg).

Kommunen ist zu empfehlen, sich unvoreingenommen mit den Wirkungen und Logiken der Plattformökonomie auf die eigene Stadtentwicklung zu beschäftigen. Vielfach ist die Diskussion ideologisch aufgeladen. Es geht um einen sachlichen Blick: Wo Wirkungen den bestehenden kommunalen Zielen – wie bezahlbarem Wohnraum, nachhaltiger Mobilität oder Klimaschutz – entgegenstehen, gilt es zu steuern. Wo sie eigene Ziele fördern können, gilt es zu unterstützen. Hier bieten sich verschiedene Steuerungsmöglichkeiten an:

- Freiwillige Vereinbarungen zwischen Kommunen und Plattformbetreibern können eine produktive Zusammenarbeit fördern – beispielsweise durch die gemeinsame Definition von „Spielregeln“ oder Kooperationen, die auch den Zugriff auf den Datenpool der Plattformanbieter regeln können.
- Kommunen können rechtliche Maßnahmen ausschöpfen, um Plattformen zu regulieren. Dazu gehören etwa Obergrenzen für Kurzzeitvermietungen oder eine Genehmigungspflicht für Abstellflächen und die Anzahl von Leihfahrrädern.
- Um aktiv zu handeln und Angebotslücken zu schließen, können Kommunen Plattformlösungen selbst entwickeln und betreiben. Hier gilt es, den Aufwand realistisch einzuschätzen. Partnerschaften mit anderen Institutionen und Anbietern können dabei für einen ressourceneffizienten Betrieb ermöglichen.

Eine Kommune kann mehr sein als das unbeteiligte Wirkungsfeld, in dem sich die Kräfte einer dynamischen Plattformökonomie entfalten. Wichtig ist an dieser Stelle ein kommunales Selbstverständnis als aktiv handelnder Akteur, der die Plattformökonomie auf lokaler Ebene selbstbewusst mitgestalten will. Die Studie bietet Anstöße hierfür.

www.difu.de/18844

Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
abt@difu.de

Was ist eigentlich … ?

Kreislaufstadt

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt.

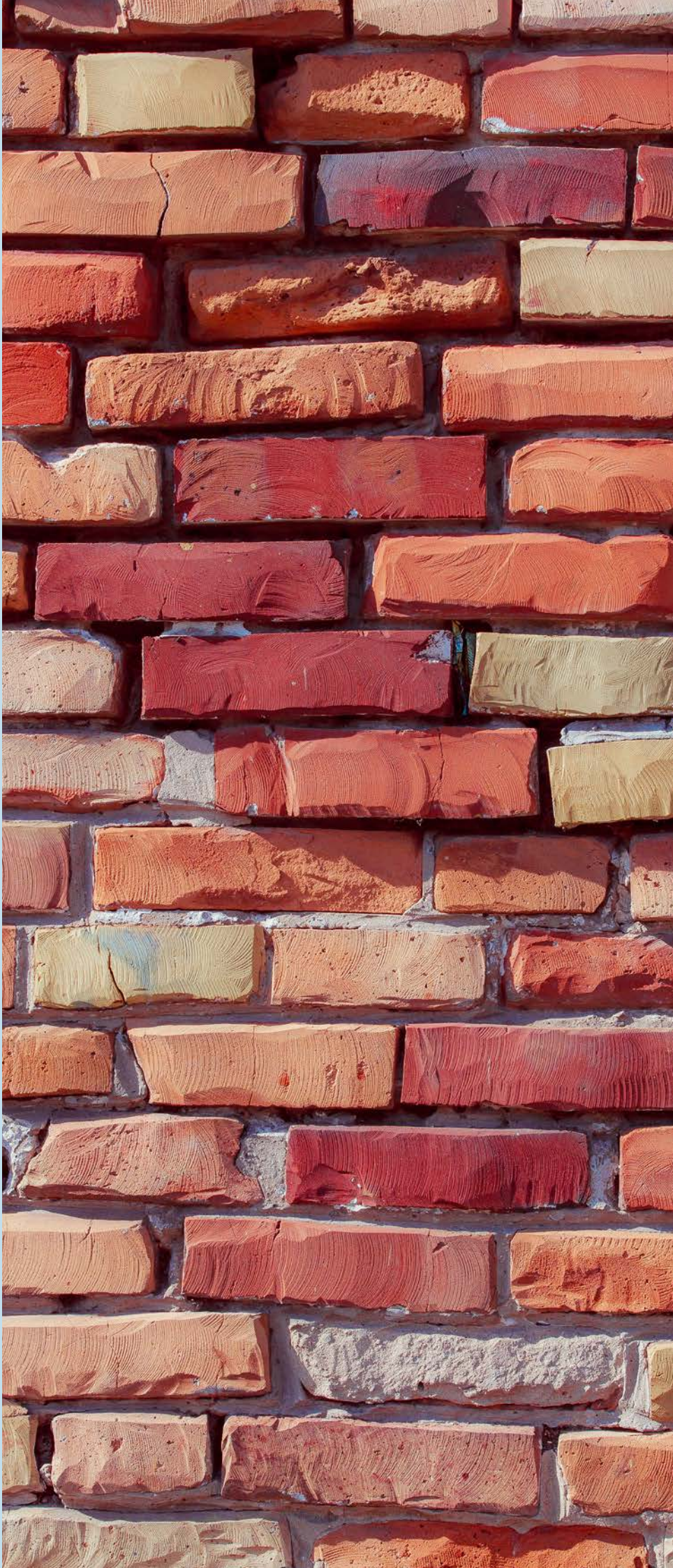
Eine Kreislaufstadt ist eine Stadt, in der Ressourcenströme verlangsamt, reduziert und möglichst vollständig geschlossen werden. Das bedeutet: Rohstoffe und Materialien bleiben durch Wiederverwendung, Reparatur oder Aufbereitung am besten lange im Umlauf, werden sparsam und umweltschonend hergestellt und nach der Nutzung recycelt. Auch in der Energieversorgung, in der Wasser- und Abfallwirtschaft kommen regenerative Systeme zum Einsatz. Somit folgt die Kreislaufstadt den Prinzipien einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft.

In einer Kreislaufstadt existieren vielfältige Angebote – etwa Reparatur- und Recycling-Stationen oder Sharing-Modelle –, die die Wiederverwendung oder Weiterverarbeitung von Materialien und Produkten ermöglichen. Kommunen nehmen eine zentrale Rolle beim Übergang zur Kreislaufstadt ein: durch ressourcenschonendes Bauen, Abfallvermeidung oder die Förderung lokal-regionaler Wertschöpfungsketten. Dabei geht es nicht nur um Umwelt- und Klimaschutz, sondern auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze, soziale Innovationen und höhere Lebensqualität vor Ort.

„Eine Kreislaufstadt bietet die Chance, die lokale Wertschöpfung zu steigern und leistet einen Beitrag zur Klimaneutralität. Dadurch entstehen sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile.“

Die Umsetzung einer Kreislaufstadt erfordert eine starke Allianz: Politik, Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Umweltressorts sowie Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft müssen kooperieren. Geschlossene Material- und Produktkreisläufe stärken die lokale Wirtschaft, erhöhen die Versorgungssicherheit und machen Städte unabhängiger vom globalen Handel. Eine konsequente, nachhaltige Beschaffungspolitik der Kommunen sowie passende rechtliche Vorgaben schaffen die Grundlage, um den Markt für kreislauffähige Produkte und Dienstleistungen gezielt zu stärken.

Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende
Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind
Tilman Bracher
2021, Bd. 19, 168 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 34 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-680-3
www.difu.de/16867

So geht's
Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)
2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-643-8
www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten
Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten
Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)
2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos
ISBN 978-3-88118-618-6
www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten
Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume
Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),
2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-584-4
www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung
Praxiserfahrungen aus acht Kommunen
Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 312 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-579-0
www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt
Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen
Holger Floeting (Hrsg.),
2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abb., Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-534-9
www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch
Vierte, aktualisierte Auflage. Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013
A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €, Download kostenlos
ISBN 978-3-88118-508-0
www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen
3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes
M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann
2022, 224 S., Print 39 €
ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €
www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch
3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz, M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, Print 29 €
ISBN 978-3-88118-526-4
www.difu.de/9055

Difu Impulse

Mobilfunkgutachten 2023 NEU
13. Gutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber
Theresa Hohmann, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Julia Krebs, Leonhard Schumann, Jan Hendrik Trapp
Bd. 1/2025, ca. 90 S., nur online, in Vorbereitung
www.difu.de/publikationen

Die kommunale Kulturarbeit in den Landkreisen
Ergebnisse einer Kommunalumfrage
Julia Diringer, Franciska Frölich von Bodelschwingh, Beate Hollbach-Grömig
Bd. 9/2024, 41 S., nur online
www.difu.de/18806

Ansätze und Herausforderungen im Klimaschutz-Monitoring
Erfahrungen aus der kommunalen Praxis
Marco Peters, Paul Ratz, Franziska Wittkötter
Bd. 8/2024, 31 S., nur online
www.difu.de/18847

Die Rolle von Sustainable Finance in deutschen Kommunen
Sondergutachten im Rahmen des KfW-Kommunalpanels
Christian Raffer
Bd. 7/2024, 31 S., nur online
www.difu.de/18681

Planspiel zur BauGB-Novelle 2023/2024
Endbericht
Arno Bunzel, Diana Coulmas, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Magnus Krusenotto, Petra Lau, Wolf-Christian Strauss
Bd. 6/2024, 150 S., nur online
www.difu.de/18676

Der Weg zu Fuß zur Haltestelle – ein blinder Fleck in der Mobilitätsforschung?
H. Hillnhütter unter Mitarbeit von U. Bauer und J.-P. Mesenbrock
Bd. 5/2024, 17 S., nur online
www.difu.de/18680

Kommunen strukturieren Beteiligung: Bausteine, Erfahrungen, Perspektiven
Stephanie Bock, Bettina Reimann
Bd. 4/2024, 139 S., nur online
www.difu.de/18576

Ist das noch Krise oder schon Transformation?
Kommunale Transformationsprozesse im Kontext der Pandemiebewältigung
J.-H. Trapp u.a.
Bd. 3/2024, 164 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. nur online
www.difu.de/18581

Difu Policy Papers

Verkehrsberuhigung und Einzelhandel: Dann wird's laut NEU
Uta Bauer, Michaela Christ, Levke Sönksen, Louis Gabriel Pfitzinger
2025, Bd. 5, 25 S., nur online
www.difu.de/18926

Kommunale Klimaschutzfinanzierung auf neue Füße stellen: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe
Carsten Kühl, Henrik Scheller
2025, Bd. 4, 23 S., nur online
www.difu.de/18853

Sustainable Finance für Kommunen
Themenfelder, Berührungspunkte und Zielkonflikte
H. Scheller, C. Raffer, F. von Zahn, O. Peters
2023, Bd. 3, 29 S., nur online
www.difu.de/18058

Verkehrsberuhigung: Entlastung statt Kollaps!
Maßnahmen und ihre Wirkungen in deutschen und europäischen Städten
Uta Bauer, Sonja Bettge, Thomas Stein
2023, Bd. 2, 15 S., nur online
www.difu.de/17996

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,
Tel. +49 30 39001-127, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Sonderveröffentlichungen

OB-Barometer 2025 NEU
Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu (Hrsg.)
2025, 4 S., nur online
www.difu.de/publikationen

Anreize für nachhaltiges Mobilitätsverhalten NEU
Erfahrungen aus der Praxis zum Einsatz materieller, immaterieller und spielerischer Anreize
J. Rauber, M. Münsch, V. Reichow, L. Sönksen, A. Klein-Hitpaß, UBA (Hrsg.)
2025, 12 S., nur online
www.difu.de/18941

Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz NEU
2025, 6 S., nur online
www.difu.de/18938

Aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen NEU
Neuer Schub für die kommunale Mobilitätswende
Anne Klein-Hitpaß u.a., ARL (Hrsg.)
2025, 24 S., nur online
www.difu.de/18923

Studie zu Experimentierräumen und Ansätzen nachhaltiger Verkehrspolitik NEU
Victoria Reichow, Jannik Lohaus, J. Emmanuel Bakaba, GDV (Hrsg.)
2025, 98 S., nur online
www.difu.de/18905

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung NEU
Ein Praxisleitfaden mit Strategien und Beispielen für Kommunen
Daniela Michalski u.a.
2025, 65 S., online und print
www.difu.de/18902

Voluntary Local Government Review 2025 NEU
Kommunaler Beitrag zum 3. Freiwilligen Staatenbericht der Bundesregierung zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung
Oliver Peters, Valeska Liedloff
2025, 69 S., nur online
www.difu.de/18881

Kommunale Sportstätten: große Bedeutung und hoher Investitionsbedarf NEU
S. Brilon, C. Raffer, F. von Zahn, KfW (Hrsg.)
2025, 6 S., nur online
www.difu.de/18845

Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren als neue Orte produktiver Arbeit NEU
R. Pätzold, S. Wagner-Endres u.a., BBSR (Hrsg.)
2024, 155 S., nur online
www.difu.de/18870

Digitale Plattformen und integrierte Stadtentwicklung NEU
Wirkungsfelder und kommunale Handlungsmöglichkeiten
Jan Abt, Matthias Berg, Nora Hunger, Thomas Jeswein, Cornelis Kayser, Jens Libbe, Dimitri Ravin, BBSR (Hrsg.)
2024, 70 S., nur online
www.difu.de/18844

Fit für die interkommunale Klimaanpassung NEU
Rolle und Bedeutung für Landkreise
Vera Völker, Moritz Ochsmann, Elena Plank
2024, 22 S. nur online
www.difu.de/18785

Klimaschutz in der Bauleitplanung NEU
Instrumente und Maßnahmen, um Klimaschutz strategisch zu integrieren
Magnus Krusenotto, Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)
2024, 16 S., nur online
www.difu.de/18774

Kommunalverwaltung treibhausgasneutral gestalten NEU
Wie Ihre Kommune beim Thema Treibhausgasneutralität vorangehen kann
Carolin Fischer, Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)
2024, 16 S., nur online
www.difu.de/18775

Berichtsrahmen Nachhaltige Kommune
Handreichung
Rat für Nachhaltige Entwicklung, Difu, Bertelsmann Stiftung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
2024, 142 S., nur online
www.difu.de/18702

Kommunale Radverkehrsförderung beschleunigen – Planungsprozesse optimieren
Ergebnisse und Empfehlungen des BMBF-Forschungsprojekts KoRa. Abschlussbericht
Martina Hertel u.a.
2024, 60 S., nur online
www.difu.de/18723

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal
Methoden und Daten für die kommunale Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland. Methodenpapier, Version Juli 2024
Nicole Rogge u.a., 2024, 34 S., nur online
www.difu.de/18705

Organisation und Management in smarten Städten und Regionen
Kommunale Arbeitshilfe zu verwaltungsbezogenen Modellen für das Management von Smart-City-Vorhaben
J. Abt, T. Hohmann, L. Dreier (Hrsg. BBSR)
2024, 70 S., online, Bestellungen Print: publikationen.bbsr@bbr.bund.de
www.difu.de/18579

Superblocks – zwischen Verkehrsberuhigung und nachhaltiger Transformation des öffentlichen Raumes
Ergebnisse des Forschungsprojekts TuneOurBlock
Uta Bauer, Lisa Ruhrort u.a. (Hrsg. Difu)
2024, 48 S., nur online
www.difu.de/18569

Orientierungswerte für öffentliches Grün
Kurzfassung des Forschungsberichts Stadtnatur erfassen, schützen und entwickeln
C. Böhme, L. Willen u.a. (Hrsg. BfN)
2024, 18 S., nur online
www.difu.de/18568

Innenstadt (be)leben!
Modellvorhaben in der Pilotphase der Kleinstadtakademie
E. Bojarra-Becker, B. Hollbach-Grömig u.a., BBSR (Hrsg.)
2024, 39 S., nur online
www.difu.de/18438

Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz
Machbarkeitsstudie
Carsten Kühl, Henrik Scheller, Klima-Allianz Deutschland e.V. (Auftraggeber)
2024, 42 S., nur online
www.difu.de/18406

Urbane Umweltziele: Handlungsfelder, Zielgrößen und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz
J. H. Trapp u.a., Umweltbundesamt (Hrsg.)
2024, 272 S., nur online
www.difu.de/18400

Praxisleitfaden: Klimaschutz in Kommunen
4., aktualisierte Auflage,
Agentur für Kommunalen Klimaschutz, Difu (Hrsg.)
2023, 344 S., nur online
www.difu.de/17826

Zeitschrift

Die Stadt als Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seiner Verbrechen
Moderne Stadtgeschichte
MSG, Heft 2/2024, 233 S., kostenlos, nur online
www.moderne-stadtgeschichte.de

Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwenderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

→ www.difu.de/12807

Fortbildung

In der Kommune, online oder am Berliner Standort – die praxisorientierten Difu-Seminare sind schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwenderschaft besonders: Zuwender bezahlen für Vor-Ort-Seminare stark reduzierte Preise. Seit 2025 sind alle Difu-WebSeminare für Difu-Zuwender kostenfrei. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot zudem deutlich ausgeweitet: Für Zuwender bietet das Difu exklusiv und kostenfrei Online-Impulsvorträge mit anschließendem Austausch/Diskussion vom Difu moderiert.

→ www.difu.de/17143
→ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwender. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin.

→ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwender werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwender teils günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

→ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwender zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwenderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

→ www.difu.de/extranet
→ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwender erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen auch digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden.

→ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst.

→ https://repository.difu.de

Weitere Infos zum Beitritt und Vorteile für Zuwender bietet die Difu-Website

→ www.difu.de/12914
→ +49 30 39001-208

Sybille Wenke-Thiem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwenderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de
Geschäftsführung: Prof. Dr. Carsten Kühl, Dipl.-Geogr. Luise Adrian
Gesellschafter: Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Marie Kreß, Vivien Schütze, Stefanie Beiersdorf, Wiebke Hartmann

Layout und Bildbearbeitung
Vera Gutofski

Gestaltungskonzept
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos
Coverbild: Adobe Stock, SNAB
Großbilder:
Seite 13: Adobe Stock, milkovasa
Seite 16: Adobe Stock, Tsunik
Seite 30: Adobe Stock, hardyuno

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 51/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 14.4.2025

Nutzung der Beiträge
Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 1/2025. Info an presse@difu.de erbeten.

Druck
Spree Druck Berlin GmbH
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C125128

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites
Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt:
- www.difu.de
- www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online
Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen kostenfrei als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist leicht: 1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen. 2.) Mail an presse@difu.de schicken und mitteilen, welche Postadresse wir löschen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.
- www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
- www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über ausgewählte, neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
- www.difu.de/newsletter

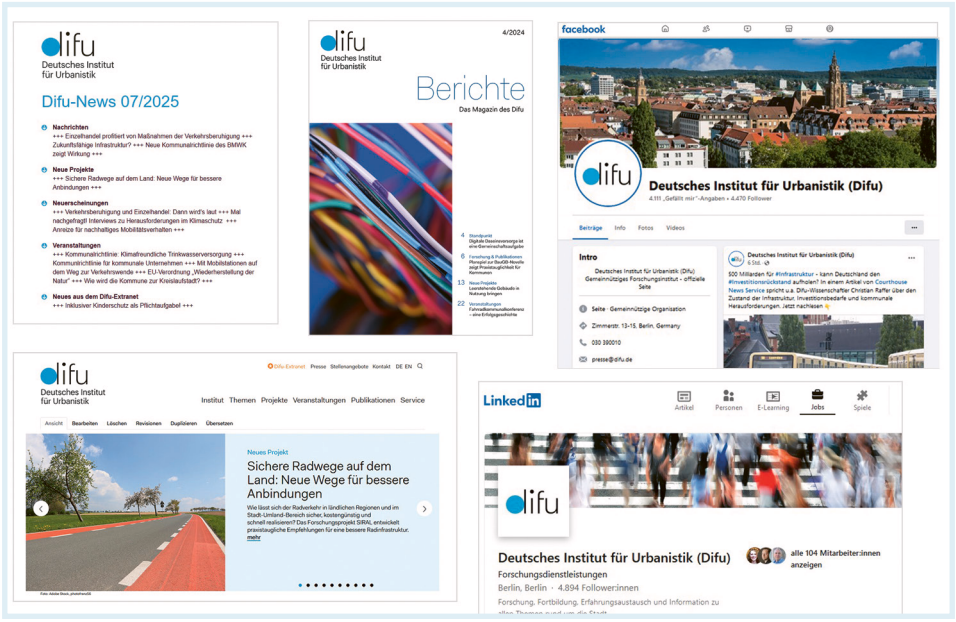
Veröffentlichungen
Die Difu-Publikationen stehen überwiegend kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Einige können als Printexemplar käuflich erworben werden.
- www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.
- www.difu.de/veranstaltungen

Social-Media-Kanäle
Über LinkedIn, Bluesky und Facebook kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube „nachgesehen“ werden:
- www.facebook.com/difu.de
- https://de.linkedin.com/company/difu
- https://bsky.app/profile/difu.de
- www.youtube.com/@difu

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
- www.difu.de/13168

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit über neue Inhalte auf der Website.
- www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

Diskurs am Dienstag

Webinar-Reihe vermittelt praxisnahes Fachwissen und Trends rund um das Thema Radverkehr.

Foto: Adobe Stock, Richtsteiger

Die Webinare der Reihe „Diskurs am Dienstag“, die vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Mobilitätsforums Bund im Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) konzipiert und durchgeführt werden, informieren sowohl erfahrene Fachleute als auch Neueinsteiger*innen zu aktuellen Themen des Radverkehrs und bieten eine niedrigschwellige Möglichkeit des kollegialen Austauschs.

Die einstündigen Webinare finden jeden zweiten Dienstag im Monat von 14 bis 15 Uhr statt. Sie richten sich an Fachleute aus Kommunen, Planungsbüros, Verbänden, der Forschung sowie an Entscheidungsträger*innen aller föderaler Ebenen. Auch die interessierte Öffentlichkeit ist willkommen.

Der Fokus liegt auf dem Radverkehr, ergänzt durch Schnittstellen zu verwandten Themen wie Fuß- und öffentlicher Verkehr, Stadt- und Regionalplanung, Psychologie, Klimaschutz, Kommunikation oder Gesundheit. Ziel ist es, praxisorientiertes Fachwissen zu vermitteln, innovative Lösungswege vorzustellen und die Akteure im Bereich nachhaltiger Mobilität besser zu vernetzen.

Die Webinare kombinieren wissenschaftlich fundierte Inhalte mit Praxiserfahrungen und bieten einen Mehrwert für den Berufsalltag und die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen kennenzulernen und das Netzwerk zu erweitern. Webinare sind zudem eine ideale Lösung bei knappen Zeitressourcen: Sie sind kompakt, praxisnah und leicht in den Arbeitsalltag zu integrieren. Die jeweils angebotenen Themen werden über den Difu-Newsletter kommuniziert und sind auf der Website des Mobilitätsforum Bund zu finden.

Diskurs am Dienstag

www.difu.de/18722

Dr. Michaela Christ
+49 30 39001-106
christ@difu.de

Verkehrswende beschleunigen

Projekt „RegioProzess“ hilft durch digitale Werkzeuge und Methoden Verwaltungsprozesse zu optimieren.

Foto: Adobe Stock, Milovan Zrnic

Verkehr macht nicht an kommunalen Grenzen halt – daher muss die Mobilitätswende interkommunal umgesetzt werden. Kommunen stehen dabei als zentrale Akteure vor großen Herausforderungen: Bestehende Verwaltungsstrukturen, Arbeitsprozesse und Arbeitskulturen können die Zusammenarbeit erschweren. Zwar gibt es Forschungsergebnisse zu Erfolgsfaktoren und Hemmnissen interkommunaler Zusammenarbeit, jedoch kaum mit Fokus auf spezielle Rahmenbedingungen im Handlungsfeld Mobilität. Daher sind zentrale Forschungsfragen noch zu beantworten: Welche Erfolgsfaktoren gelten für gelungene interkommunale und regionale Kooperationen im Kontext der Mobilitätswende? Wie können Anreize für gelebte interkommunale und regionale Kooperationen geschaffen und Hürden abgebaut werden?

Ziel des neuen, vom BMBF geförderten Projekts „RegioProzess“ ist eine effektivere interkommunale Zusammenarbeit für nachhaltigere Mobilität. Für eine verbesserte interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der Mobilität werden im Projekt zwei Instrumente entwickelt, die in drei Modellregionen – Landkreis Ludwigsburg, Regiopolregion Bielefeld, Landkreis Oberhavel – erprobt werden: ein Change-Management-Werkzeugkasten, um Verwaltungsstrukturen und -prozesse effizienter zu gestalten und Arbeitskulturen zu verändern, sowie ein digitales Planungstool, der „Trassenscout“. Der praktische Fokus liegt zum einen auf Projekten zur Stärkung des ÖPNV, u. a. durch (Schnell-)Bussysteme und die (Weiter-)Entwicklung von On-Demand-Dienstleistungen. Zum anderen werden Maßnahmen zur Radverkehrsförderung betrachtet, konkret der (Aus-)Bau von Radschnellwegen. Das Difu führt das Projekt gemeinsam mit weiteren Forschungspartnern durch.

Verkehrswende beschleunigen

www.difu.de/18749

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Dr. Alexandra Bensler
+49 30 39001-240
bensler@difu.de

Kooperationen für die Energiewende

Im Forschungsprojekt „E-SKA“ werden Wege erforscht, um Hindernisse in Kommunen zu überwinden.

Foto: Adobe Stock, Pannipa

Die notwendige Energiewende vor Ort bringt viele Herausforderungen mit sich: knappe finanzielle Mittel, unklare Zuständigkeiten, Konflikte aufgrund unterschiedlicher Interessen oder Akzeptanzprobleme. Oft entstehen dabei soziale Dilemmata, wie das „Not-in-my-Backyard“-Phänomen (wenn Menschen Projekte unterstützen, diese aber nicht in ihrer Nähe umgesetzt haben wollen) oder das „Investor-Nutzer-Dilemma“ (wenn diejenigen, die in ein Projekt investieren, nicht gleichzeitig die direkten Nutzenden der daraus entstehenden Vorteile sind). Genau hier setzt das vom BMWK geförderte neue Forschungsprojekt „E-SKA“ an.

Das Projektteam untersucht, wie solche Hindernisse durch Zusammenarbeit überwunden werden können. Ziel ist es, Lösungen zu finden, die auch auf andere Kommunen und Projekte übertragbar sind. Dabei arbeitet das Team interdisziplinär, um die vielfältigen Einflussfaktoren auf die Energiewende zu verstehen und kooperiert mit weiteren Partnern.

Neben wissenschaftlichen Erkenntnissen wird „E-SKA“ auch praktische Werkzeuge für Kommunen und weitere Fachleute bereitstellen:

- Praxistests in Simulationslaboren,
- Publikationen,
- ein Toolkit mit Lösungen für Kommunen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft,
- Veranstaltungen und Webinare, um die Ergebnisse direkt in die Praxis zu bringen.

Mit „E-SKA“ soll die Energiewende lokal gestärkt und deutschlandweit vorangebracht werden, um gemeinsam die Klimaziele zu erreichen.

Kooperationen für die Energiewende

www.difu.de/18750
www.t1p.de/wh95l

Marco Peters, M.A.
+49 221 340308-27
peters@difu.de

Dipl.-Geogr.
Björn Weber
+49 221 340308-10
bweber@difu.de

Raumordnung & Kooperation

Wie bedarfsgerechter Wohnungsneubau geschaffen werden kann, untersucht das Difu mit weiteren Partnern für das BBSR.

Foto: Ricarda Pätzold

In vier Modellregionen werden Vorschläge zur Anwendung raumplanerischer Instrumente entwickelt, um bedarfsgerechten Wohnungsneubau zu forcieren. Schwerpunkte liegen bei der Entwicklung zusätzlicher Bauflächen sowie der Mobilisierung von Innenentwicklungspotenzialen.

Im Rahmen des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung (MORO)“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wird die Entwicklung praxisorientierter Lösungskonzepte für die Bewältigung regionaler Wohnungsversorgungsprobleme gefördert. Folgende vier Modellregionen werden in einem neuen Forschungsprojekt genauer analysiert: Städteregion Aachen, Region Mittlerer Oberrhein, Region Hochrhein-Bodensee, Berlin-Brandenburg (Gemeinsame Landesplanung).

Ein Forschungsteam des Deutschen Instituts für Urbanistik untersucht mit weiteren Projektpartnern, wie wirksame Vorgaben der Landes- und Regionalplanung für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau aussehen und ein regional abgestimmter, bedarfsgerechter Wohnungsbau an raumverträglichen Standorten durch interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht werden können. Die Entwicklung von Instrumentensteckbriefen, bei der auch internationale Erfahrungen in der Bewältigung von Wohnungskrisen einbezogen werden, bildet einen weiteren Schwerpunkt. In einem zu entwickelnden Toolkit sollen wirksame Instrumente beschrieben werden, mit deren Hilfe die Landes- und Regionalplanung sowie interkommunale Kooperationsverbünde die regionale Wohnungsversorgung bedarfsgerecht verbessern können.

Raumordnung & Kooperation

www.difu.de/18710

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Foto: Adobe Stock, Brian Jackson

Präsenz- und Online-Fortbildungen zu allen kommunal relevanten Themen

Wissen entsteht im Austausch – besonders in praxisorientierten Fortbildungen. Nach diesem Prinzip bietet das Difu eine Plattform für kommunale Akteure, die es ermöglicht, vom fachlichen Input der Difu-Wissenschaftler*innen ebenso zu profitieren, wie von den Praxiserfahrungen der Difu-Netzwerkpartern*innen. Der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung stehen dabei im Mittelpunkt – sowohl vor Ort als auch online.

Ein Blick auf die Difu-Website lohnt sich: Hier sind stets aktuelle Veranstaltungsangebote zu finden – von hauseigenen Seminaren bis zu Veranstaltungen, die im Rahmen von Forschungs- und Wissenstransferprojekten durchgeführt werden. Auch der E-Mail-Newsletter „Difu-News“ und die Difu-Social-Media-Kanäle informieren regelmäßig über spannende Themen.

Besondere Vorteile für Zuwenderstädte:

- alle Difu-WebSeminare sind kostenlos
- besonders günstige Tarife bei Seminaren
- individuelle inhouse „Difu-Impulsvorträge“ kostenlos

Darüber hinaus sind viele Veranstaltungen, die im Rahmen geförderter Projekte stattfinden, sehr kostengünstig oder kostenfrei zugänglich. Dazu zählen z. B. Angebote des Mobilitätsforums Bund, des ZentrumsKlimaAnpassung, der Agentur für Klimaschutz oder des Dialogforums zur Kinder- und Jugendhilfe.

Wir freuen uns auf den Austausch!

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Veranstaltungsvorschau (Auswahl)

Flächen für die kommunale Wärmewende: Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
6. Mai 2025, online
www.difu.de/18899

Bezahlbar wohnen! Strategien und Lösungen für eine soziale Wohnungsversorgung
Difu-Seminar
12.-13 Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18672

Wegweisende Beschilderung für den Radverkehr – das neue Merkblatt M WBR der FGSV
13. Mai 2025, online
www.difu.de/18960

Sichere Städte – Marginalisierte Gruppen und öffentlicher Raum
Difu-Seminar
15.-16. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18666

Kommunalrichtlinie: Klimaschutzkoordination
Kommunaler Klimaschutz
15. Mai 2025, online
www.difu.de/18886

Der Weg zur Haltestelle – Unterschätztes Potenzial für den ÖPNV
Difu-Seminar
19.-20. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18675

Kommunalrichtlinie: Machbarkeitsstudien
Kommunaler Klimaschutz
22. Mai 2025, online
www.difu.de/18887

Von Grau zu Grün Entsiegelung – Strategien und Instrumentee
Difu-Seminar
26.-27. Mai 2025, Berlin
www.difu.de/18618

Kein Einzelhandel ohne Parkplätze? Neue Lösungsoptionen für den Dauerkonflikt
Difu-Seminar
2.-3. Juni 2025, Berlin
www.difu.de/18665

Kommunalrichtlinie: Beratung
Kommunaler Klimaschutz
2. Juni 2025, online
www.difu.de/18888

Erfolgreiches Energiemanagement in Kommunen: Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune
Kommunaler Klimaschutz
3. Juni 2025, online
www.difu.de/18914

Mit Mobilstationen auf dem Weg zur Verkehrswende
Kommunaler Klimaschutz
3. Juni 2025, Bamberg
www.difu.de/18921

EU-Verordnung „Wiederherstellung der Natur“ – Städtische Ökosysteme erhalten und weiterentwickeln
Difu-Seminar
3. Juni 2025, online
www.difu.de/18931

Wie wird die Kommune zur Kreislaufstadt? – Potenziale, Schnittstellen und Maßnahmen
Difu-Seminar
23.-24. Juni 2025, Berlin
www.difu.de/18664

Kommunalrichtlinie: Abfallbewirtschaftung
Kommunaler Klimaschutz
23. Juni 2025, online
www.difu.de/18889

Parkraum stadtverträglich organisieren
Difu-Seminar
30. Juni -1. Juli 2025, Berlin
www.difu.de/18619

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
www.difu.de/veranstaltungen

Dialogforum Jugendhilfe
www.jugendhilfe-inklusiv.de

Agentur für Kommunalen Klimaschutz
www.klimaschutz.de/de/agentur

Zentrum KlimaAnpassung
www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund
www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:
www.difu.de/programm

Leitlinien und strukturierte Beteiligung in Kommunen

Kommunale Beteiligungsfachleute aus ganz Deutschland diskutierten beim Difu-Seminar in Karlsruhe ihre Erfahrungen mit der Einführung und Umsetzung von Leitlinien sowie über Stärken und Schwächen des Instruments.

Zahlreiche größere und kleinere Städte haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, eine übergreifende und integrierte Beteiligungsstrategie zu entwickeln. Das Fundament dieses konzeptionellen Vorgehens bilden in der Regel Leitlinien für kommunale Bürger*innenbeteiligung. Die Erwartungen an das Instrument sind hoch, der Erfahrungsschatz mittlerweile breit – somit der richtige Zeitpunkt für Austausch, Reflexion und Diskussion.

Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Dr. Albert Käuflein gab die mitveranstaltende Stadt Karlsruhe einen Einblick in ihren laufenden Prozess der Erarbeitung von Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Das vorläufige Resümee fällt positiv aus: In dem trialogisch angelegten Prozess wird auf Augenhöhe diskutiert und konstruktiv

Foto: Adobe Stock,Rawpixel.com

inhaltlich gearbeitet. Umfangreiche Erfahrungen mit der Umsetzung von Leitlinien brachte die Stadt Köln ein, die ihre Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung mit einem Change Prozess in der Verwaltung verbindet. Beteiligung und Kommunikation werden darin eng aufeinander abgestimmt. Die Stadt Heidelberg stellte ihre Erkenntnisse zu Wirkungen von Leitlinien basierend auf mehreren Evaluationen vor. Sie hob hervor, dass Leitlinien nicht selbstverständlich zu einer breiteren Beteiligung führen. In ihrem gegenwärtigen Bemühen, Beteiligung sozial breiter auszurichten, orientiert sich Heidelberg eng an den Zielen und Erfahrungen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

In der gemeinsamen Diskussion setzten sich die Teilnehmenden kritisch und kontrovers mit Ansätzen der Strukturierung von Beteiligung durch Leitlinien auseinander. Es wurde festgehalten, dass Leitlinien zur Transparenz und Verbindlichkeit von Beteiligung beitragen sowie den Informationsfluss und die Kommunikation verbessern. Dies bezieht sich insbesondere auf die ämterübergreifende Zusammenarbeit, die Koordination von Arbeitsabläufen und das interne Projektmanagement. Die Erfahrungen zeigen aber auch: Die Stadtgesellschaft wird bisher nicht zufriedenstellend erreicht. Vor diesem Hintergrund wurden die Grenzen von Leitlinien vertieft diskutiert sowie Aufwand und Nutzen abgewogen. Ein Fazit der im November durchgeführten Seminars lautete: Verwaltung benötigt für die verbindliche Verankerung von Beteiligung Strukturierung, jedoch lassen sich die konkreten Projekte nicht immer in formale Strukturen einordnen – Flexibilität und Experimente benötigen weiterhin ausreichend Raum.

In einem weiteren Themenblock stand das Verhältnis von Beteiligung und Smart City auf der Agenda. Die Stadt Münster stellte ihr Modell der digitalen Beteiligung vor. Einen Fokus bilden Beteiligungsplattformen, mit denen Kinder und Jugendliche nicht nur beteiligt, sondern auch befähigt werden sollen. Die Diskussion zeigte, dass technische Hürden, fehlende Medienkompetenz und nutzungsunfreundliche Tools manchen Bevölkerungsgruppen die Teilnahme an digitalen Verfahren erschweren. Digitale Beteiligung kann aber auch ‚aufsuchend' gelingen, wenn Online- und Offline-Formate eng aufeinander abgestimmt sind. Die Stadt Potsdam berichtete von Erfahrungen mit dem Aufbau einer Beteiligungsplattform, die nicht nur Informationen anbietet, sondern dem Ideenmanagement dienen soll.

Die Teilnehmenden waren sich weitgehend einig, dass strukturierte Beteiligung die Beteiligungsprozesse der Verwaltung verbessert. Perspektivisch sollte dabei die Regelhaftigkeit des Verwaltungshandelns besser mit Anregungen, Ideen und Initiativen der Bürger*innen verknüpft werden. In einem neuen Projekt möchte das Difu gemeinsam mit interessierten Städten die Erfahrungen vertiefen und praxisorientierte Lösungen entwickeln. Interessierte Kommunen sind herzlich eingeladen, den Kontakt aufzunehmen.

www.difu.de/18795

Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dr. Bettina Reimann
+49 30 39001-191
reimann@difu.de

Erfahrungen aus drei Jahren Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Wie gestalten sich Weiterentwicklungs- und Lernprozesse in der kommunalen Praxis? Was sind Erfahrungswerte der Kommunen? Das wurde professionsübergreifend in einem Wirkungsdialog erörtert.

Im Jahr 2021 verabschiedete der Bundestag das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG). Das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusionsgerechte Kommune – Gestaltungsperspektiven im Rahmen des KJSG“, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), hatte im Dezember die Fachöffentlichkeit zur Online-Diskussion und Reflektion des drei Jahre laufenden Gesetzes eingeladen. Ziel war es, im Sinne einer Gesetzesfolgenabschätzung zu ermitteln, was das neue KJSG für die Arbeit in der Praxis bedeutet, inwieweit Handlungsanforderungen implementiert wurden und welche Erfahrungen es hierzu gibt. Obwohl sich Jugendämter, freie Träger und Eingliederungshilfe im kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess befinden, gibt es in Bezug auf Umsetzungserfolge und Wirkungen bisher wenig Erfahrungswerte und Evaluationskriterien. Zudem sind rechtliche Grundlagen für die Umsetzung der

Foto: Adobe Stock, BillionPhotos.com

inklusiven Lösung noch nicht geregelt. Das KJSG sieht eine schrittweise Reformierung des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII vor. Teil der Veranstaltung war es daher, die bisherigen Entwicklungen und Veränderungen im Jugendamt zum Leistungsrecht des SGB VIII aufzuzeigen und zu diskutieren. Dies wurde anhand von „Tatbeständen“ erörtert, zu denen erste belastbare Einschätzungen vorliegen. Die Teilnehmenden wurden in einer Mentimeter-Umfrage gebeten, die bisherige Umsetzung des KJSG auf einer Skala von ein bis zehn vor Ort zu bewerten. Der ermittelte Wert von 4,9 zeigte, dass zwar der halbe Weg geschafft, aber auch noch sehr viel in der kommunalen Praxis zu tun ist.

Sarah Ehlers vom Deutschen Institut für Familienrecht und Jugendhilfe (DIJuF) betonte in ihrem Vortrag, dass es durch die Einführung des KJSG im inklusiven Kinderschutz einen neuen Grad an Aufmerksamkeit gebe. Gleichzeitig bestehe aber erheblicher Nachholbedarf bei der Bereitstellung bedarfsgerechter Inobhutnahmeplätze für Kinder mit Beeinträchtigungen. Bei der Kindertagesbetreuung habe es schon vor 2021 hohe Inklusionsquoten gegeben. Allerdings sei die Rechtsgrundlage, auf der Kinder mit Beeinträchtigungen betreut werden, bisher nicht klar geregelt. Die inklusive Jugendhilfeplanung agiere mit äußerst knappen Personalressourcen. Dies mache sich insbesondere bei der Bedarfsermittlung, die inklusiv und sozialraumorientiert erfolgen soll, bemerkbar. Auch mit Blick auf die im Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben der Verfahrenslotsen zeige sich die Ressourcenknappheit.

Aus Perspektive der Selbstvertretung wurde u.a. darüber diskutiert, dass der Umgang und die Hilfegewährung bei Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in der bisherigen Praxis noch (zu) oft auf nicht sachkundige Fachkräfte treffen. Dies geschieht insbesondere dann, wenn mehrere Rechtskreise betroffen sind. Hierbei sollten Verfahrenslotsen mit ihrer Expertise rechtskreisübergreifend zu Hilfen und Leistungen im SGB VIII und IX beraten können. Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen verfügen über ein umfangreiches sozialrechtliches Wissen und können aus dieser Perspektive heraus selbstbewusst mit Fachkräften sprechen.

Bedauert wurde, dass in Kitas und Schulen eine Beantragung von Unterstützungsleistungen oft mühsam ist und Kinder mit Behinderungen bei begrenzten Plätzen oft ‚aus dem System fallen‘. Bei älteren Kindern und Jugendlichen müsse eine Assistenz für Freizeitangebote erst beantragt sowie teils selbst bezahlt werden. Das sei nicht teilhabegerecht. Die Teilnehmenden äußerten den Wunsch, dass neben der Umsetzung des KJSG die inklusive Lösung bald eine rechtliche Legitimation erfahre. Die mit der Umsetzung des KJSG verbundenen Herausforderungen wurden jedoch von der Praxis offensiv angenommen – vor allem wurde an der Implementierung der Verfahrenslotsen und dem inklusiven Kinderschutz gearbeitet.

www.difu.de/18801

Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Auf dem Weg zur kommunalen Treibhausgasneutralität

Mit welchen Strategien und Konzepten, aber auch regulatorischen Instrumenten gelingt es den Kommunen, die Treibhausgasneutralität zu erreichen? Dies diskutierten Expert*innen aus ganz Deutschland bei einem zweitätigen Difu-Seminar im Oktober in Berlin.

Immer mehr Kommunen gehen mit gutem Beispiel voran und verabschieden ambitionierte Klimaschutzziele. Einige Vorreiterkommunen streben Treibhausgasneutralität bereits bis 2030 an. Doch wie erreichen die Kommunen ihre Klimaschutzziele? Welche Handlungsfelder sind dafür besonders wichtig? Und welche Instrumente stehen dafür bereit? Diese Leitfragen und der regulatorische Instrumentenkasten der Kommunen waren Thema des Seminars. Von Wärmeplänen über den Ausbau erneuerbarer Energien bis zur Stellplatzsatzung wurden verschiedene kommunale Möglichkeiten betrachtet, die auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität von Bedeutung sind.

Am ersten Tag standen strategische und konzeptionelle Grundlagen für eine treibhausgasneutrale Kommune im Fokus. Miriam Dingeldey vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH (ifeu) veranschaulichte zunächst, in welchen kommunalen Handlungsfeldern besonders viele Treibhausgasemissionen anfallen und mit welchen Maßnahmen Kommunen Einfluss darauf nehmen können. Daran anknüpfend präsentierte Christine Kugler von der Stadt München, das Klimaschutzkonzept der Stadt – insbesondere den Stand der Wärmeplanung. In dicht besiedelten Gebieten stellt vor allem die Flächenverfügbarkeit eine Herausforderung dar. Anschließend ging es um planerische Instrumente: Bauleitplanung, städtebauliche Verträge und Wärmeplanung. In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit kommunalen Unternehmen aus Berlin ging es u.a. darum, wie kommunale Unternehmen durch Kommunen in die Pflicht genommen werden können. Denn mit ihren Infrastrukturen können diese Unternehmen die Treibhausgasemissionen vor Ort stark beeinflussen und sind wichtige strategische Partner. Ein weiteres Thema waren die Auswirkungen der EU-Richtlinie zur Unternehmens-Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und zum Energieeffizienzgesetz.

Am zweiten Tag standen kommunale Werkstattberichte zu regulatorischen Maßnahmen auf der Agenda. Die Stadt Konstanz stellte ihre Stellplatzsatzung vor, über die mit alternativen Mobilitätskonzepten der Stellplatzschlüssel reduziert werden kann. Die Stadt Osnabrück berichtete über ihre Solaroffensive, bei der – mit Fördermaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit und regulatorischen Maßnahmen – das Potenzial für die Nutzung solarer Energie auf Dachflächen im Stadtgebiet erfolgreich ausgeweitet wurde. Ein Fokus lag auf der Aktivierung ortsansässiger Unternehmen. Die Stadt Mainz präsentierte ihre Strategie für ein nachhaltiges Beschaffungswesen, in der ein Beschaffungskatalog erstellt und Produkte mit einem Nachhaltigkeitslabel versehen bzw. nachhaltige Alternativen aufgenommen wurden. Zuletzt stellten die Stadtwerke Gotha die erlassene Fernwärmesatzung vor, mit der die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung mittels Fernwärme vorangetrieben wird. Viele Faktoren – politischer Wille, enge Zusammenarbeit mit Stadtwerken und Kompromissbereitschaft etc. – waren hier für eine erfolgreiche Einführung relevant.

Foto: Adobe Stock, Wirestock

Abschließend tauschten sich die Teilnehmenden in zwei Arbeitsgruppen über ihre Erfahrungen zu vorgestellten und weiteren Instrumenten aus: Klimafonds, Photovoltaik-Pflicht, Klima-Checks, Strombilanzkreismodell sowie Vergaberecht. Einigkeit bestand auch darin, dass Beratung und Motivation privater Haushalte sowie Unternehmen sehr wichtig sind, da hier besonders viele Emissionen eingespart werden können. Insgesamt bot das Seminar einen umfangreichen Überblick über die kommunalen regulatorischen Möglichkeiten, um ambitionierte Klimaziele zu erreichen. So konnten die Teilnehmenden neue Ideen für die Umsetzung des Klimaschutzes vor Ort mitnehmen.

www.difu.de/18699
www.difu.de/18899

Carolin Fischer, M.A.
+49 30 39001-178
cfischer@difu.de

Ass.iur.
Magnus Krusenotto
+49 30 39001-157
krusenotto@difu.de

Die Nationale Wasserstrategie - neue Erwartungen an Kommunen?

Welche (neuen) Herausforderungen an die Bewirtschaftung der Wasserressourcen lassen sich aus der Wasserstrategie für Kommunen ableiten? Was bedeutet das für kommunale Infrastrukturen? Diese und weitere Fragen wurden in einem Difu-WebSeminar diskutiert.

Insbesondere die Jahre 2018 und 2019 waren in Deutschland von einem insgesamt sehr geringen Niederschlag sowie extremen Hitzewellen geprägt. Der schlechte bis sehr schlechte Zustand von mehr als der Hälfte der oberirdischen Gewässer stellt einen weiteren dringenden Handlungsbedarf dar. Um dieser Ausgangslage zu begegnen, hat die Bundesregierung 2023 nach der zweiten UN-Wasserkonferenz die Nationale Wasserstrategie beschlossen, die eine neue Grundlage für ein modernes Wassermanagement legt. Im Rahmen eines Difu-WebSeminars im September wurde die Nationale Wasserstrategie aus Sicht des Bundes, der Länder und der Verbände politisch eingeordnet. Aus kommunaler Perspektive wurden Beispiele für die praktische Anwendung vorgestellt.

Foto: Adobe Stock, Tatiana Kolosovskaya

In der bis 2050 ausgelegten Strategie wird betont, dass bei den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Wasserwirtschaft ein konsequentes, integriertes und verantwortungsvolles Handeln von allen Wassernutzenden erforderlich ist. Ein breit aufgelegtes Aktionsprogramm beinhaltet 78 Maßnahmen, die sich in zehn strategische Themen auffächern und schrittweise bis 2030 umgesetzt werden sollen. Dabei verdienen Themen wie die Verbesserung der Prognosefähigkeit der Wasserhaushaltsanalysen oder die Schaffung von Leitlinien zu Wasserknappheit besondere Aufmerksamkeit. Eine wassersensible Stadtentwicklung soll dazu beitragen, dass Kommunen sich resilient und zukunftsfähig aufstellen.

Nach einer grundlegenden Einordnung der Nationalen Wasserstrategie aus Sicht des Bundesumweltministeriums erfolgte im Seminar die Würdigung durch Verbände der deutschen Wasserwirtschaft. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) und die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e. V. (DVWG) haben eine Handlungsagenda für die Zukunft der Wasserwirtschaft erarbeitet. In dieser „Roadmap 2030“ sind die aus Sicht der Wasserinfrastrukturbetreiber wichtigen Bausteine für eine Wasserwende enthalten, die mit den Inhalten und Zielen der Nationalen Wasserstrategie stark übereinstimmen. Die im Rahmen eines Monitorings gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Vision einer wasserbewussten Gesellschaft bis 2100 einfließen. Risiken werden bei der eingeschränkten Zuständigkeit des Bundes in vielen Wasserfragen sowie der fehlenden Finanzierung der Strategie gesehen.

Auch auf Länderebene werden Strategien entwickelt und erprobt. So liegt in der Strategie „Wasserzukunft Bayern 2050“ ein Grundkonsens mit der Nationalen Wasserstrategie vor. Die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung ist auch hier ein essenzieller Baustein, der anhand von Wasserversorgungsbilanzen für Gemeinden bzw. Wasserversorgungsunternehmen bewertet wird. Mit vielen Aktions- und Sonderprogrammen wird in Bayern versucht, den vielen, regional unterschiedlichen Herausforderungen zu begegnen.

Der Deutsche Städtetag (DST) brachte weitere Anliegen der Kommunen in die Diskussion ein, wie z.B. die Notwendigkeit zur Verbesserung der Datengrundlage für Grundwassermonitoring oder der Wasserressourcenqualität sowie die Sicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung.

Einen Einblick in die kommunale Praxis ermöglichte der Zweckverband Wasser und Abwasser Lobensteiner Oberland (ZV WALO). Neben klimawandelbedingten Infrastrukturanpassungen bei gleichzeitig hohem Reinvestitionsbedarf für Bestandsanlagen kommt eine weitere Daueraufgabe hinzu: der weitere Anschluss von Haushalten an die kommunalen Kläranlagen. Die Region Hannover zeigte auf, wie im Rahmen der dortigen Wasserstrategie durch eine „Allgemeinverfügung zur Bewässerung“ in Hitze- und Dürreperioden die Wasserressourcen geschützt werden können.

www.difu.de/18693

Betül Türkeri, M.A.
+49 30 39001-335
tuerkeri@difu.de

Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dachflächen nutzbar machen – Konzepte für eine nachhaltige Stadt

Urban Farming, Sport- und Grünanlagen – wie lassen sich Dächer für die (Innen-)Stadt gestalten? Welche Potenziale bieten sie für Wohnen und Infrastruktur? Dies war der Schwerpunkt eines zweitägigen Difu-Seminars im Oktober in Berlin.

In den wachsenden und immer dichter werdenden Städten treten Grün-, Frei- und Freizeitflächen zunehmend in Konkurrenz zu kommerziellen Nutzungen. Freiflächen und temporäre Nutzungen verschwinden zunehmend. Flächen für erforderliche gemeinwohlorientierte Nutzungen stehen damit kaum oder nicht mehr zur Verfügung. Gleichzeitig ist vielerorts „oben noch Platz“ – nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Bestand. Warum also nicht auf Flachdächer oder oberste Geschossflächen ausweichen? Typische Nutzungen sind bereits Begrünung und die Gewinnung erneuerbarer Energien auf dem Dach. Immer häufiger finden sich aber auch Sportanlagen, öffentliche Parks, Aufenthaltsflächen, Urban Farming bis hin zu Schafweiden mit Almhütten auf öffentlichen und privaten Dächern. Im Difu-Seminar wurde das Spektrum der Möglichkeiten anhand von Praxisbeispielen aufgezeigt und mit den Teilnehmenden über die damit einhergehenden Herausforderungen diskutiert.

Zum Einstieg stellte Theresa Bader von CITYFÖRSTER das Projekt „Lebendige Dächer für die Stadt“ vor, bei dem für die Bremer Innenstadt systematisch das Potenzial von Dächern ermittelt, mögliche Nutzungsarten dargestellt sowie Eigentümer*innen aktiviert wurden. Die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten wurden in einem Leitfaden aufbereitet, der allen Interessierten zur Verfügung steht. Im vorgestellten Projekt ging es um Fragen wie:

- Sind die Dachflächennutzungen eher privat oder öffentlich zugänglich?
- Wer sind die Nutzenden und wie kommen sie hinauf?
- Welche Schallschutzanforderungen sind beispielweise bei Sportflächen oder anderen lärmintensiven Nutzungen zu beachten?
- Welchen Beitrag leisten grüne Nutzungen zur Klimaanpassung?

Realisierte oder in Realisierung befindliche kommunale Beispiele unter anderem aus Hamburg, Erfurt, München und Wien ergänzten die Diskussion.

Sehr oft kommt die Initiative für eine Aktivierung von Dachflächen aus der Bevölkerung: Vielerorts machen sich Initiativen und Vereine stark für die Zugänglichkeit von Dachflächen. So zum Beispiel auch der Verein obenstadt e. V.: Im Rahmen von Festivals versucht der Verein mit einer temporären Zugänglichkeit und dem Bespielen von Hamburger Dächern, Sichtweisen und Perspektiven zu ändern – und im besten Fall eine dauerhafte Nutzung zu initiieren. Ebenso nutzt die „Operation Himmelblick“, ein von stadtgewitter e. V. gestartetes Projekt, im Sommer die ungenutzte oberste Parkhausebene eines Einkaufszentrums in Berlin mit ganz unkonventionellen Methoden. Fragen der Gebäudestatik spielen hier keine Rolle und für den Centerbetreiber bringen Dachbesuche Kundenfrequenz – eine Win-win-Situation mit starkem Quartiersbezug.

Die Herausforderungen des Klimawandels werden insbesondere in dicht bebauten urbanen Räumen spürbar. Gleichzeitig bieten diese Räume große Potenziale für Klimaschutz und Klimaanpassung. Zwei Beiträge beschäftigten sich daher mit der Kombination von Gründächern und Energieproduktion.

Foto: Wolf-Christian Strauss

Von den vielfältigen Potenzialen eines Daches konnten sich die Teilnehmenden im Rahmen einer Exkursion zum Bikini Berlin und dem KALLE, ein umgenutztes ehemaliges Kaufhaus der Quelle GmbH in Berlin-Neukölln, überzeugen. Auf dem weitgehend frei zugänglichen Neuköllner Dach wird sogar ein Pool eingerichtet. Ein Blick ins europäische Ausland zeigte, welche interessanten und inspirierenden Ideen in anderen Ländern verfolgt werden. Dächer gibt es überall, ungenutzte Potenziale ebenso.

www.difu.de/18697

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Kommunale Wärmeplanung und digitalisierte Datenverarbeitung

Im Rahmen der Wärmeplanung werden umfangreiche Datenbestände verarbeitet. Wie Kommunen durch Digitalisierung ihr Datenmanagement vereinfachen und automatisieren, zeigte ein Difu-WebSeminar.

Das Wärmeplanungsgesetz (WPG) verpflichtet Kommunen spätestens bis Mitte 2028 zur Erstellung von Wärmeplänen. Das WPG definiert welche Verbrauchs-, Gebäude- sowie Anlagen- und Infrastrukturdaten dafür notwendig sind. Die relevanten Daten liegen häufig fragmentiert und in verschiedenen Formaten bei zahlreichen Datenhaltern, wie Fachbehörden, Energieversorgern oder Schornsteinfegern, vor. Kommunen stehen vor der Herausforderung mit diesen umfangreichen Datenbeständen umzugehen, wobei die Qualität und das Zusammenführen der Daten

Foto: Adobe Stock, Nancy Pauwels

wichtige Faktoren sind. Im Zuge von Smart-City-Konzepten beschäftigen sich parallel dazu immer mehr Kommunen mit der digitalisierten Datenverarbeitung und -auswertung in Form von Urbanen Datenplattformen (UDP) und Urbanen Digitalen Zwillingen (UDZ). Angesichts der Vielzahl zu erhebender und zu verarbeitender Daten und des engen Zeitrahmens ist der Einsatz von digitalen Lösungen für die Wärmeplanung unumgänglich. Zur Umsetzung der elektronischen Datenerfassung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten in maschinenlesbarer Form räumt das WPG der jeweiligen Planungsstelle weitreichende Befugnisse ein. Dadurch wird eine wesentliche Grundlage für eine datengetriebene, integrierte Stadtentwicklung gesetzt. Gleichzeitig stellen sich Fragen nach den passenden Strukturen und Prozessen zum produktiven Umgang mit diesen Daten. Das WebSeminar ging anhand von zwei Praxisbeispielen der Frage nach wie Digitalisierungskonzepte zur Vereinfachung und Verstetigung von kommunalen Wärmeplanungs-Prozessen beitragen können.

Um Daten digital zu erfassen, hat das Land Berlin schon vor der gesetzlichen Verpflichtung zur Wärmeplanung mit dem Aufbau eines Wärmekatasters begonnen. Dieses soll als zentrale Datenplattform zur Integration, Speicherung und Verteilung von wärmerelevanten Daten dienen. Kernbestandteil ist ein Gebäudemodell mit Verknüpfung zu energiefachlichen Informationen. Dafür hat die Stadt Prozesse zur Abfrage von Daten bei Energieversorgern und Schornsteinfegern entwickelt. In Zukunft gilt es, diese Datenübergabe vom Datenursprung ins Wärmekataster automatisiert durchzuführen. Ein Geoportal soll der Öffentlichkeit ausgewählte bzw. aggregierte Daten zur Verfügung stellen. Ein Beispiel für die Anwendung des Wärmekatasters im Rahmen der Wärmeplanung ist die Identifikation möglicher Wärmenetz-Hotspots in Prüfgebieten.

Die Stadt Regensburg testet zur digitalen Datenerfassung Urbane Digitale Zwillinge, die das Idealbild weit ausgebauter kommunaler Dateninfrastrukturen verkörpern. Dafür erprobt die Stadt einen digitalen Zwilling zur energetischen Sanierung, in dem Gebäudedaten in Form eines 3D-Modells erfasst werden. Das Tool ermöglicht individuelle Berechnungen des Energiebedarfs sowie die Simulation verschiedener Sanierungsmaßnahmen hinsichtlich Energieeinsparung, Kostenreduktion und Treibhausgaseffekte. Durch die Verknüpfung bestehender Datenquellen und neuer Informationen soll eine fundierte Entscheidungsgrundlage für Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Planungsakteure geschaffen werden.

Das WebSeminar hat verdeutlicht, dass digitale Lösungen einen wichtigen Beitrag für die automatisierte Erhebung und systematische Aufbereitung von Daten im Rahmen der Wärmeplanung leisten können. Worin genau die Potenziale digitaler Zwillinge für verschiedene Phasen der kommunalen Wärmeplanung liegen, will das Difu in diesem Jahr in einer Forschungsstudie veranschaulichen – gemeinsam mit Fraunhofer IESE im Rahmen der Begleitforschung der Koordinations- und Transferstelle (KTS) der Modellprojekte Smart Cities (MPSC).

www.difu.de/18796
www.t1p.de/q0scb

Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Lisa Dreier, M.Sc.
+49 30 39001-222
ldreier@difu.de

Heilbronn – Auf dem Weg zur nachhaltigen Wissensstadt

Ab 2025 profitiert auch Heilbronn als Zuwenderstadt von den Difu-Serviceleistungen und dem erweiterten Forschungs-, Fortbildungs- und Beratungsangebot für Kommunen. Ein Blick in eine Stadt mit vielfältigen innovativen Projekten und kulturellen Angeboten.

Dank seiner außerordentlichen Entwicklung zählt das Oberzentrum Heilbronn längst zu den dynamischsten Städten Deutschlands, das sich den Wandel zur nachhaltigen Bildungs- und Wissensstadt auf die Fahne geschrieben hat. Im Wettbewerb um den Titel „European Green Capital 2026" belegte Heilbronn den zweiten Platz.

Maßgeblich für den Wandel Heilbronns mit seinen rund 130.000 Einwohner*innen ist vor allem die Entstehung des Bildungscampus der Dieter Schwarz Stiftung seit dem Jahr 2010 mit seiner einzigartigen Bandbreite an Institutionen aus Bildung und Wissenschaft. Angesiedelt ist hier auch ein Campus der renommierten Technischen Universität München, der TUM, die Heilbronn zur Universitätsstadt gemacht hat. Dort nimmt im Jahr 2025 auch die weltweit angesehene ETH Zürich den Betrieb auf.

Ein weiteres Leuchtturmprojekt ist der Innovationspark Künstliche Intelligenz (IPAI) – eines der ambitioniertesten Projekte für angewandte Künstliche Intelligenz in Europa. Geplant vom anerkannten Rotterdamer Büro MVRDV starten hier voraussichtlich noch im Jahr 2025 die Bauarbeiten. Kleine, mittlere und große Unternehmen, Start-ups, KI-Talente sowie Akteure des öffentlichen Sektors werden dort an zukunftsrelevanten KI-Lösungen arbeiten.

Besonders familienfreundlich zeigt sich Heilbronn durch den Ausbau von Kitas und Schulen, seine kostenlosen Kitas für alle Kinder ab drei Jahren und kostenlose Tablets für alle Schüler*innen samt Lehrkörper an den städtischen Schulen. Auch die Schaffung von neuem Wohnraum hat eine hohe Priorität in Heilbronn. Modellcharakter hat der mehrfach preisgekrönte Neckarbogen auf dem ehemaligen Bundesgartenschaugelände – ein autoarmes Stadtquartier, das sich genauso durch seine anspruchsvolle Architektur wie durch viel Grün, zwei Seen und seine Lage am Neckar auszeichnet.

Mitten in der Innenstadt lädt die Neckarmeile mit ihren gemütlichen Cafés und Restaurants zum Flanieren und Verweilen ein. Besuchermagnet ist in Heilbronn die „experimenta", Deutschlands größtes Science Center, in dem Naturwissenschaft und Technik für alle erlebbar sind. Kulturfans freuen sich über die vielfältigen Angebote des weltweit gefragten Württembergischen Kammerorchesters Heilbronn, der Städtischen Museen, des Theaters mit seinen vier Bühnen und vieler weiterer Anbieter.

Ebenso gehört zur Lebensqualität die jahrhundertealte Weinkultur. Beim Weindorf rund um das historische Rathaus und in den heimeligen Besenwirtschaften ist ihr besonderer Charme zu erleben.

Foto: Heilbronn Marketing GmbH/Roland Schweizer

www.heilbronn.de

Linus Goericke

ist seit Februar 2025 im Difu-Forschungsbereich Umwelt am Standort Berlin tätig. Dort arbeitet er als Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in der Agentur für kommunalen Klimaschutz. Linus hat an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert. Nach dem Studium absolvierte er beim Verkehrsclub Deutschland (VCD) ein Volontariat im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Anschließend übernahm er dort die Öffentlichkeitsarbeit für zwei durch die Nationale Klimainitiative (NKI) geförderte Projekte sowie die Co-Leitung des Social-Media-Teams des VCD.

Jens Hasse

verließ Ende November 2024 nach sieben Jahren das Difu. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter bearbeitete er im Forschungsbereich Umwelt am Standort Köln verschiedene Forschungs- und Beratungsprojekte in den Themenfeldern Klimafolgenanpassung, wasserbewusste Stadtentwicklung, kommunale Hitze- und Gesundheitsvorsorge sowie Klimaschutz. 2018 übernahm er die Teamleitung „Klimaanpassung & Stadtökologie“ und verstärkte die Aktivitäten des Difu in diesem Querschnittsbereich. Seit April 2021 leitete er zudem das ‚Zentrum KlimaAnpassung‘ (ZKA), das Kommunen zu allen Fragen der kommunalen Klimaanpassung informiert, berät, fortbildet und vernetzt. Diesen Themen widmet sich Jens Hasse auch künftig – an seinem neuen Arbeitsplatz bei der Stadt Aachen, wo er für die Koordination und Integration von Klimaanpassung und -vorsorge in städtische Prozesse zuständig ist.

Elke Jumpertz

unterstützt seit Dezember 2024 als Projektassistenz den Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln, insbesondere in den Themenfeldern Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Als Politologin mit den Schwerpunkten Umwelt- und Naturschutzpolitik hat sie nach ihrem Abschluss an der Universität Marburg als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Göttingen gearbeitet. Von 2008 bis 2015 war sie als Projektmanagerin bei der Deutschen Umwelthilfe im Bereich Kommunaler Umweltschutz tätig, hier vor allem in der Analyse und Strategieentwicklung zu umweltpolitischen Fragen, zu Umweltgerechtigkeit und zu nachhaltigem Konsum.

Marie Kreß

unterstützt seit Oktober 2024 als Volontärin die Difu-Pressestelle. Hier übernimmt sie Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das Institut. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Humboldt-Universität zu Berlin (M.Sc.) und European Economic Studies an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg (B.Sc.). Zwischenzeitlich arbeitete sie in der empirischen Wirtschaftsforschung und einer Unternehmensberatung. Ihr Interesse an professioneller öffentlicher Kommunikation entdeckte sie während ihres Masterstudiums durch ihr Engagement bei der Unizeitung. Dieses vertiefte sie durch eine Werkstudierendentätigkeit in der Öffentlichkeitsarbeit eines Verbandes. Am Difu vereint sie ihr großes Interesse an sozioökonomischen Fragestellungen mit Wissenschaftskommunikation.

Katharina Luig

war seit September 2021 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt am Standort Köln tätig. In diversen Projekten hat sie im Team Klimaanpassung und Stadtökologie kommunale Klimaanpassungsprozesse fachlich beraten und wissenschaftlich begleitet. Zudem war sie an einem internationalen Projekt zur Berichterstattung von ghanaischen Kommunen zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele beteiligt. Zuletzt hat Katharina Luig unter anderem ein Projekt zu Hitzeaktionsplänen in der kommunalen Praxis (Plan°C) geleitet sowie im Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) Kommunen und soziale Einrichtungen beraten und den Erfahrungsaustausch der Beratungs- und Kompetenzzentren der Bundesländer für Klimaanpassung verantwortet. Um mehr über klimaangepasste und regenerative Landwirtschaft zu lernen, arbeitet sie aktuell als Freiwillige auf ökologischen Höfen in Italien.

Christina Ortlepp

ist seit Januar 2025 als Vergabereferentin für sämtliche Vergabefragen am Difu tätig. Zuvor war sie mehr als 15 Jahre an der Technischen Universität Berlin tätig, davon die letzten fünf Jahre in der Zentralen Beschaffung, wo sie sowohl das Studium zur Verwaltungsfachwirtin als auch die Qualifizierung zur Vergabemanagerin abschloss. Neben der Führungsverantwortung für zwei Teams innerhalb der Zentralen Beschaffung umfasste ihr Aufgabengebiet insbesondere strategische Einkaufstätigkeiten im Rahmen nationaler und europaweiter Ausschreibungen für sämtliche Auftragsarten.

Abgebildete (v.l.n.r.)
Linus Goericke (Foto: Vera Gutofski), Jens Hasse (Foto: Tomy Badurina), Elke Jumpertz (Foto: Christin Reimer), Marie Kreß (Foto: Fabian Severin), Katharina Luig (Foto: privat), Christina Ortlepp (Foto: Vera Gutofski),

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe?

Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller hielt auf dem 8. Baden-Württembergischen Kämmerertag einen Vortrag zur Klimaschutzfinanzierung als Gemeinschaftsaufgabe. Ziel der Veranstaltung am 25. März war es, die finanzielle Lage der Kommunen und praktische Lösungsansätze zu diskutieren.

www.t1p.de/a5mto

Difu auf dem 5. Deutschen Fußverkehrskongress

Am 11. und 12. März fand der Fußverkehrskongress in Mainz statt. Hier diskutierten Fachleute mit Akteur*innen aus kommunalen Verwaltungen über Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs. Difu-Wissenschaftler*innen Uta Bauer, Dr. Michaela Christ und Levke Sönksen beteiligten sich mit Beiträgen zu Fußverkehr, Einzelhandel und nachhaltiger Mobilität.

www.fuko2025.de/

Verkehrswende gestalten

Difu-Forschungsbereichsleiterin Anne Klein-Hitpaß hat am 11. März an der Verkehrswende-Werkstatt von Agora Verkehrswende teilgenommen und dort über die Bedeutung des Umweltverbunds, die Notwendigkeit nachhaltiger ÖPNV Finanzierung und Planungssicherheit für Kommunen gesprochen.

www.t1p.de/i5qm3

Zukunftsfähige Verkehrsplanung

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Alexandra Bensler wirkte am 6. März auf dem Zukunftsforum des Nahverkehrsverbundes für Schleswig-Holstein (NAH.SH) an einem Podiumsgespräch über On-Demand-Verkehr (ODV) mit. Ziel des Kongresses – ausgerichtet im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts SMILE24 – war es, Verwaltungsprozesse bei der Einführung von Mobilitätsinnovationen, ODV-Wirkungsweisen sowie Potentiale von autonomen ODV zu diskutieren.

www.t1p.de/73wmk

KI in der Stadtentwicklung

Difu-Forschungsbereichsleiter Dr. Jens Libbe hielt am 28. Februar im Rahmen der Veranstaltungsreihe stadt | land | fokus des Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung einen Vortrag zu „KI in der Stadtentwicklung". Darin gab er Einblicke in das Projekt „Künstliche Intelligenz in der Smart City: Innovative Anwendungen künstlicher Intelligenz für die Ziele der Stadtentwicklung".

www.t1p.de/f5deh

Klimaschutz gemeinsam planen

Difu-Teamleiter Björn Weber hielt am 19. Februar einen Vortrag auf der Fachtagung „Klimawandel, Gesundheit und Stadtplanung konsequent zusammen denken" der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. in Hannover. Dort sprach er über kommunalen Klimaschutz und die Gestaltung kooperativer Planungsprozesse.

www.t1p.de/5f4w0

„Dritte Orte" für Begegnung

Von der ehemaligen Stasi-Zentrale zum Dritten Ort? Die lokale Arbeitsgruppe der Stadt Leipzig (URBACT-Local-Group, ULG) diskutierte am 11. Februar im Rahmen des URBACT-Netzwerks ARCHETHICS die Nutzung der ehemaligen Stasi-Zentrale auf dem Matthäikirchhof-Areal als „Dritten Ort" – ein Begegnungsort mit vielfältigen Angeboten für alle. Difu-Wissenschaftler Dr. Thomas Franke gab hierzu einen Einblick über die Bedeutung „Dritter Orte" als Orte der Begegnung und des Austausches.

www.t1p.de/aayj5

Difu beim Hessischen Stadtforum

Das 11. Städteforum der hessischen Klima-Kommunen fand am 29. Januar mit über 100 Teilnehmenden in Frankfurt am Main statt. Difu-Wissenschaftler Lorenz Blume stellte in einem Einführungsvortrag neue Unterstützungsangebote der Agentur für kommunalen Klimaschutz vor und informierte über die novellierte Kommunalrichtlinie. In einem weiteren Vortrag stellte Difu-Wissenschaftlerin Betül Türkeri die Angebote des ZKA sowie Möglichkeiten zur bundesweiten Förderung vor.

www.t1p.de/07dhf

Nachhaltigkeitsstrategie auf Basis der Donut-Ökonomie

Am 27. Januar fand die erste Beiratssitzung des Rhein-Kreises Neuss zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie statt. Difu-Wissenschaftler Oliver Peters stellte in diesem Rahmen das erste datenbasierte Donut-Modell vor, das auf den SDG-Indikatoren für Kommunen basiert und die sozial-ökologischen Stärken und Schwächen im Rhein-Kreis Neuss visualisiert.

www.t1p.de/patd4

Difu beim 18. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung

Unter dem Titel „LAND.KANN.VIELFALT – Mach mit!" fand das 18. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung des BMEL am 22. und 23. Januar in Berlin statt. Das Difu war zusammen mit weiteren Projektpartnern auf den Fachforen 3 „Mehr Teilhabe – innovative Kommunen suchen neue Wege" sowie 25 „Kulturangebote stärken Teilhabe in ländlichen Räumen" vertreten.

www.t1p.de/xa9g8

Kreislaufwirtschaft als Chance zur Innovation

Am 16. Januar eröffnete Difu-Wissenschaftlerin Valeska Liedloff im Rahmen der Veranstaltung „Dat löppt! – Kreislaufwirtschaft praxisnah dargestellt" in Oldenburg die abschließende Podiumsdiskussion. Sie berichtete über den aktuellen Stand der Umsetzung von Kreislaufwirtschaft in Kommunen anhand von Erkenntnissen aus dem Difu-Projekt „Kreislaufstadt".

www.t1p.de/yo05e

Digitale Zukunftsvisionen von Stadt und Region

In der Smart Talk-Reihe der Stadt Bamberg sprach Difu-Wissenschaftler Jan Abt am 16. Januar auf dem virtuellen Podium zum Thema „Smart City & Smart Regions: Zukunftsvisionen im Vergleich". Hierbei ging es um Schwerpunkte wie innovative Stadtentwicklung, smarte Lösungen für den ländlichen Raum und die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Region.

www.t1p.de/9cj2e

Fotos (v.l.n.r.)
1: Adobe Stock (lado2016), 2: Adobe Stock (Frostroomhead), 3: Adobe Stock (SASITHORN), 4: Adobe Stock (Denis Rozhnovsky)

Neues im Difu Inter-/Extranet

Berichte 1/2025

Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Homepage im „Extranet". Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ✪ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
→ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
→ www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Bestellungen:
+49 30 39001-253
vertrieb@difu.de

→ www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 1/2025
→ www.difu.de/18967

Verkehrsberuhigung und Einzelhandel: Dann wird's laut
→ www.difu.de/18926

Anreize für nachhaltiges Mobilitätsverhalten
→ www.difu.de/18941

Mal nachgefragt! Interviews zu Herausforderungen im Klimaschutz
→ www.difu.de/18938

Aktuelle verkehrsrechtliche Entscheidungen
→ www.difu.de/18923

Studie zu Experimentierräumen und Ansätzen nachhaltiger Verkehrspolitik
→ www.difu.de/18905

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung
→ www.difu.de/18902

Voluntary Local Government Review 2025
→ www.difu.de/18881

Kommunale Klimaschutzfinanzierung auf neue Füße stellen: Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe
→ www.difu.de/18853

Kommunale Sportstätten: große Bedeutung und hoher Investitionsbedarf
→ www.difu.de/18845

Innenstädte, Stadt- und Ortsteilzentren als neue Orte produktiver Arbeit
→ www.difu.de/18870

Die Stadt als Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und seiner Verbrechen
→ www.difu.de/18858

Ansätze und Herausforderungen im Klimaschutz-Monitoring
→ www.difu.de/18847

Digitale Plattformen und integrierte Stadtentwicklung
→ www.difu.de/18844

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Sanierungsfall Gewerbegebiet
→ ✪ www.difu.de/18966

Inklusiver Kinderschutz als Pflichtaufgabe!
→ ✪ www.difu.de/18954

Komplexe Hilfebedarfe
→ ✪ www.difu.de/18903

Radverkehr in schnell
→ ✪ www.difu.de/18901

Kommunale Wärmeplanung und digitalisierte Datenverarbeitung
→ ✪ www.difu.de/18796

3 Jahre Kinder- und Jugendstärkungsgesetz: Weiterentwicklungs- und Lernprozesse in der kommunalen Praxis
→ ✪ www.difu.de/18801

Was bringt die Strukturierung von Beteiligung?
→ ✪ www.difu.de/18795

Auf das Auto angewiesen?!
→ ✪ www.difu.de/18769

Presseresonanz – das Difu in den Medien
Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

eGovernment, 19.3.2025
Kommunalfinanzen bleiben kritisch
Laut ersten Vorab-Ergebnissen des „OB-Barometer 2025" des Difu wird die Finanzproblematik in den Kommunen immer drängender. DST-Hautgeschäftsführer Helmut Dedy und Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl untermauern die Relevanz und Dringlichkeit der Thematik.
www.t1p.de/ykrbo

ZfK, 19.3.2025
OBs: Kommunalfinanzen sind das drängendste Thema
Die Städtefinanzen sind deutschlandweit das beherrschende Thema in den Rathäusern. Dies dürfte auf absehbare Zeit so bleiben. Das zeigt ein Erhebung des Deutschen Instituts für Urbanistik.
www.t1p.de/fnv2x

RND, 17.3.2025
On-Demand-Angebote als Ergänzung für den ÖPNV
On-Demand-Verkehr gilt meist als Linienbedarfsverkehr und ersetzt oder ergänzt oft Buslinien – vor allem dort, wo bisher keine gute Verbindung bestanden hat oder die Nachfrage gering ist. „Sie ermöglichen es, die Daseinsvorsorge zu gewährleisten", schreibt das Difu. Das sei vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bedeutsam. Denn in manchen Regionen leben immer weniger Menschen, von denen viele auch aufgrund ihres Alters auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind.
www.t1p.de/fvojb

WDR 5, 11.3.2025
Auf dem Weg zur Fußverkehrsstrategie
Wie gestalten Kommunen sichere Wege für Fußgänger? Im WDR-Podcast „Quarks auf Radio" spricht u.a. Difu-Wissenschaftlerin Uta Bauer über Potenziale und Defizite in der Fußverkehrsplanung: Beitrag zum Nachhören von Minute 47:13 bis 53:36.
www.t1p.de/b3a4r

MeinBezirk (Graz), 25.2.2025
Tägliche Wege als Schlüssel für eine belebte Innenstadt?
Leerstände, fehlende Parkplätze und Abwanderung von Geschäften stellen viele Städte vor Herausforderungen. Difu-Forschungsbereichsleiterin Ricarda Pätzold über Möglichkeiten, wie Städte ihre Zentren zukunftsfähig gestalten können.
www.t1p.de/y77lv

ZEIT-ONLINE, 17.2.2025
Straßenverkehr: Zu Fuß gehen? Kann tödlich enden.
Mehr als 400 Fußgänger sterben jährlich im deutschen Verkehr. Städte in anderen Ländern machen vor: Es könnten auch Null sein. Man muss Autofahrer nur härter beschränken. Im Beitrag spricht u.a. Difu-Wissenschaftler Jan-Philipp Mesenbrock über neue Konzepte für die bessere Sicherheit in Kommunen.
www.t1p.de/aipuh

Raumforschung und Raumordnung, 3.2.2025
Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr
Als Co-Autoren thematisieren u.a. die Difu-Wissenschaftler Thomas Preuß und Robert Böhnke die Umsetzung von verbindlichen Flächensparzielen im Rahmen der räumlichen Planung der Kommunen.
www.t1p.de/c9sbq

Deutschlandfunk Nova, 3.2.2025
Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum?
Trotz Regulierungsinstrumenten wie dem Mietspiegel und der Mietpreisbremse wird Wohnen immer teurer. Im Podcast „Unboxing News" spricht Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold über den veränderten Wohnungsmarkt und Aussichten für die Zukunft.
www.t1p.de/ysdra

die:gemeinde, 27.1.2025
Klimaschutz in Kommunen effizienter finanzieren
Ein neues Difu-Policy-Paper zeigt auf, warum eine Gemeinschaftsaufgabe den kommunalen Klimaschutz stärken würde. Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl und Difu-Teamleiter Dr. Henrik Scheller betonen die Dringlichkeit einer strukturellen Reform.
www.t1p.de/5ecjv

RND, 21.1.2025
Zahl der Alleinunfälle mit dem Rad steigt
Alleinunfälle von Radfahrenden nehmen stark zu, z. B. aufgrund von schlechter Infrastruktur. Wie ließe sich gegensteuern? Im Beitrag spricht unter anderem Difu-Wissenschaftler Tobias Klein über die mangelhafte Fahrradinfrastruktur und rät dazu, Radwege ausreichend zu dimensionieren.
www.t1p.de/sw5tq

junge Welt, 16.1.2025
KfW-Studie zeigt maroden Zustand deutscher Sportstätten
Im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau führte das Difu eine Sonderbefragung durch, um den aktuellen Zustand von Sporthallen, -plätzen und Bädern in Deutschland mit Blick auf Investitionsnotwendigkeiten zu beleuchten. Im Interview erläutert Difu-Wissenschaftler Dr. Christian Raffer über die Ergebnisse und gibt Empfehlungen.
www.t1p.de/ir1yq

mdr Nachrichten, 3.1.2025
Pkw-Maut als Lösung gegen Sanierungsstau?
Deutschland muss in den kommenden Jahren hohe Milliarden-Summen in den Erhalt von Straßen und Brücken investieren. Verkehrsforscher empfehlen die Einführung einer nutzungsabhängigen Pkw-Maut, um das nötige Geld einzunehmen. In der Politik hat die Maut aber keine Unterstützung – trotz fehlender Alternativen.
www.t1p.de/z6waz

Clean Energy Wire (CEW), 19.12.2024
Think tank: Financing climate adaptation gains traction
Germany made significant progress in the area of climate adaptation, said Andrea Fischer-Hotzel from the German Institute of Urban Affairs (Difu). From national to municipal level, there is now awareness of the need to better prepare the country to deal with heatwaves, storms and drought, the researcher told CEW. However, even though Germany now has a legally-binding framework for climate adaptation measures, financing them remains an unresolved issue. Beyond climate adaptation, Germany must speed up efforts to reduce greenhouse gas emissions to reach future climate targets, her colleague Björn Weber argued.
www.t1p.de/xnm3k

Deutsches Institut
für Urbanistik

www.difu.de